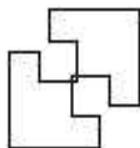
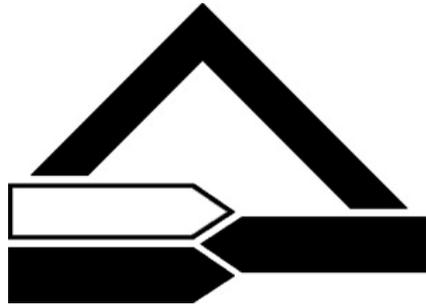


Forschungsverbund
**Wohnungslosigkeit und
Hilfen in Wohnungsnotfällen**

Dr. Uwe Wullkopf, IWU, Darmstadt:

Überblick der Gesamtergebnisse –
Stand des Forschungsverbundes



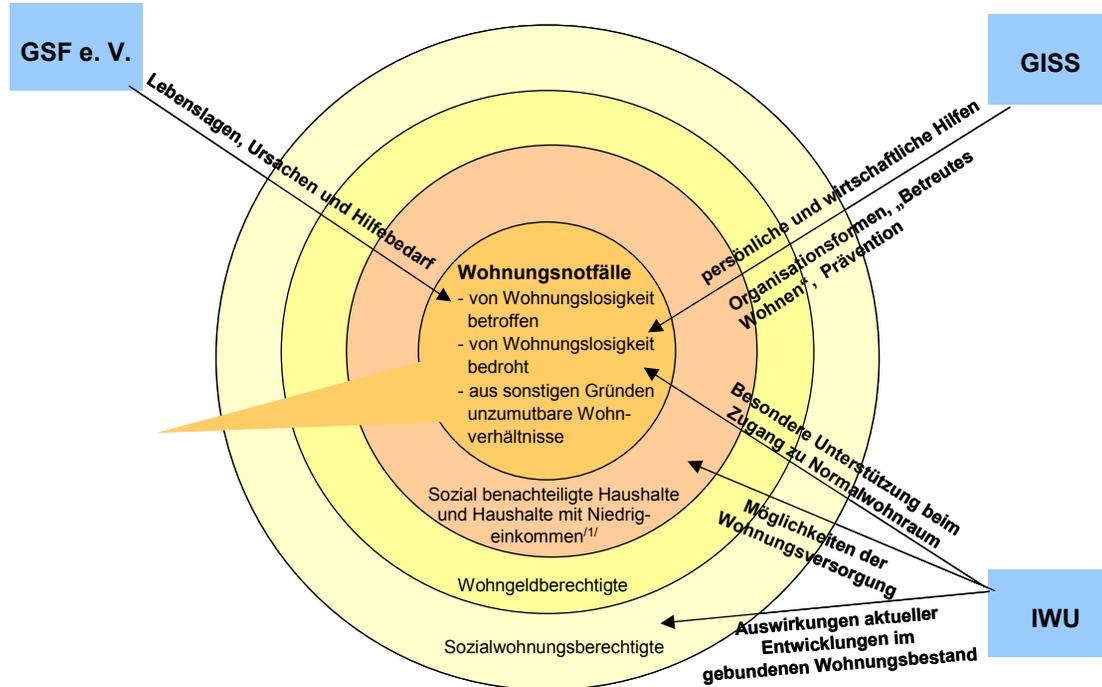


Forschungsverbund
**Wohnungslosigkeit und
Hilfen in Wohnungsnotfällen**

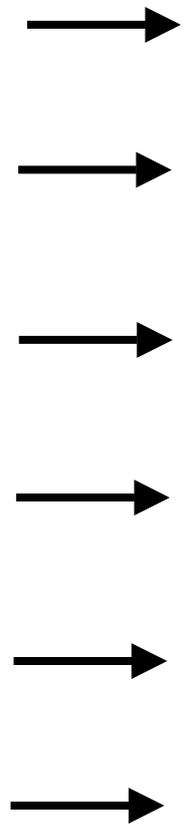
Kurze Synthese der Ergebnisse



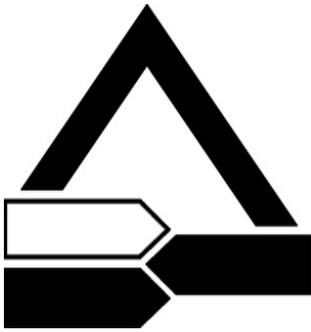
Zielgruppen der Teiluntersuchungen



^{1/1} Einkommen bis zum 1,5fachen der Sozialhilfesätze zuzüglich eines Ansatzes für angemessene Wohnungsversorgung



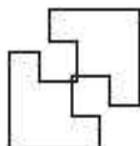
	Haushalte	
	ABL ^[1]	NBL ^[2]
Insgesamt nach Mikrozensus 2002	29,4 Mill. (100 v.H.)	6,7 Mill. (100 v.H.)
Berechtigtenkreis Sozialwohnungen 1999	12 Mill. (37,1 v.H.)	3,6 Mill. (48,2 v.H.)
Zielgruppen 2002	6,3 Mill. (21,4 v.H.)	1,7 Mill. (25,7%)
Niedrigeinkommensbezieher u. -bezieherinnen 2002	4,3 Mill. (14,6 v.H.)	1,38 Mill. (20,7 v.H.)
Wohngeldempfänger und -empfängerinnen (AWOG + PWOG) 2001	2,0 Mill. (7 v.H.)	0,8 Mill. (12,4 v.H.)
Wohnungsnotfälle	Unbekannt	Unbekannt



Forschungsverbund
**Wohnungslosigkeit und
Hilfen in Wohnungsnotfällen**

Dr. Uta Ender-Drägässer,
Dr. Jörg Fichtner, GSF e. V.:

Zielgruppen- und Bedarfsforschung für eine
integrative Wohnungs- und Sozialpolitik.
Frauen und Männer deuten ihren Wohnungsnotfall.



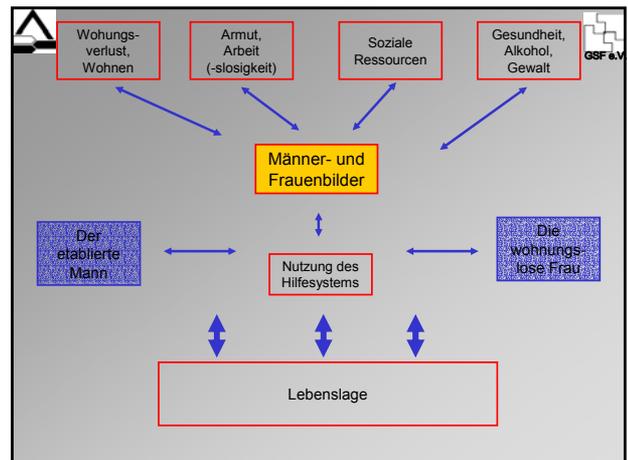
Dr. Jörg Fichtner (GSF e.V.)

Männer deuten ihren Wohnungsnotfall

Deutungsmuster zu Männlichkeit, Wohnungsverlust und sozialen Ressourcen von Männern in Wohnungsnot

- Teil I: Theoretische Ausgangssituation
- Teil II: Männerbilder wohnungsloser Männer
- Teil III: Deutung des Wohnungsnotfalls
- Teil IV: Deutung sozialer Netzwerke
- Teil V: Praktische Bedeutung

Teil I Theoretische Ausgangssituation



Interview-Sample

19-29 Jahre	4
30-39 Jahre	11
40-49 Jahre	12
50-63 Jahre	7

Platte	9
Notunterkunft	7
Übergangwohnheim	9
betreutes Wohnen	4
Wohnmobil	1
Wohnung	4

Teil II Männerbilder wohnungsloser Männer

Männerbilder wohnungsloser Männer



Individuelle Durchsetzung

Int. 35: 56 Jahre / ledig / Platte / München

I: „Kommen Sie leicht in Schlägereien rein?“

IP: „Na ja, früher; ich mein, junger Spund oder so. Mit 30, 35 sieht man - glaub ich - einige Sachen anders, is man spontaner. Wenn man jetzt, in meinen Alter jetzt ...; man muss sich aber trotzdem zwischendurch mal melden. Sonst sacht die Gruppe, ‚Hey, was is das denn für ein Weichei geworden?‘ (...)

Ja, man muss sich nur durchsetzen, is ja Clique. Wechselnde Häuptlinge gibt's nich (...)

Ich glaube schon, wenn irgendwas ist, dass man auf mich hört“

Männerbilder wohnungsloser Männer



Geschlechtliche Arbeitsteilung

Int. 19: 46 Jahre / verheiratet / Wohnung / Gera

„Ich muss, ich muss, ich muss paar mal aufs Arbeitsamt (...)
So, entweder bieten se mir ne Arbeit an, ansonsten ...“

Ich hab's schon zur Frau gesagt, da mach ich runner nach Stuttgart, was se ausgeschrieben haben. In der Ecke kenn ich mich aus, da hab ich gearbeitet, da kenn ich mich aus. Hier kriegste keene Arbeit mehr.

Und dann würd ich meine Familie mit runner nehmen und dann is gut. Hier wird das nischt. Hier das kannste alles ...“

Männerbilder wohnungsloser Männer



Rollenveränderung

Int. 27: 48 Jahre / geschieden / Notunterkunft / Freiburg

IP: „Ich mach zusätzlich noch zweimal die Woche so ne Selbsthilfegruppe, die is jetzt auch heut Abend noch. Äh, des is das Blaue Kreuz, is ne gute Gruppe, des dauert dann immer so anderthalb Stunden. Is eigentlich so ganz hilfreich“ (...)

I: „Wen haben Sie denn alles, mit dem Sie über Ihre Situation, über Ihre Probleme reden können?“

IP: „Ja, zum einen der Hausarzt, auch über persönliche Probleme. Mit dem kann ich da drüber reden. Mit meiner Psychotherapeutin. (...) Dann im Schriftverkehr mit der Einen im Schwarzwald, mit der kann ich ...“

I: „Mit der schreiben Sie sich Briefe? Viel?“

IP: „Regelmäßig. So einen die Woche.“

Männerbilder wohnungsloser Männer



Diffusität

Int. 6: 40 Jahre / getrennt lebend / betreutes Wohnen / Frankfurt M.

„Weil mer Männer zum größten Teil aufn, aufn Sack gehen mit ihrem Machogehabe. Ich bin zwar selber auch n Macho, irgendwo ja (lacht), aber ähm dieses -, ja ich weiß net. (...)

Und irgendwann ist bei mir der Geduldsfaden dann gerissen und dann bin ich im quasi Vollrausch gewesen. Dahin marschiert und hab die zur Rede gestellt (...) und dann hat's bei mir irgendwie klick gemacht und dann hab ich ihr denn auch eine gegeben.

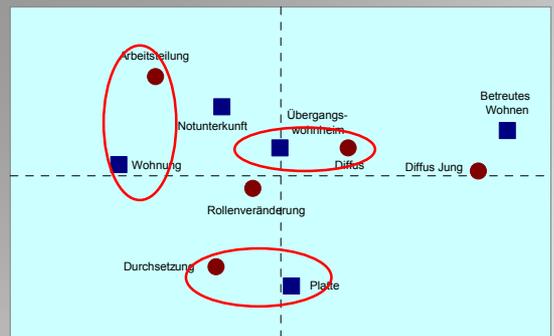
Und damals ist für mich auch so die Welt zusammengebrochen und da hab ich gedacht: Wie kann das sein, du hast ne Frau geschlagen und so. Weil ich hab das mit der Gewalt, mit der häuslichen Gewalt bei meiner Mutter mitgekriegt halt, wie die von ähm Ehemännern ähm geschlagen wurde“

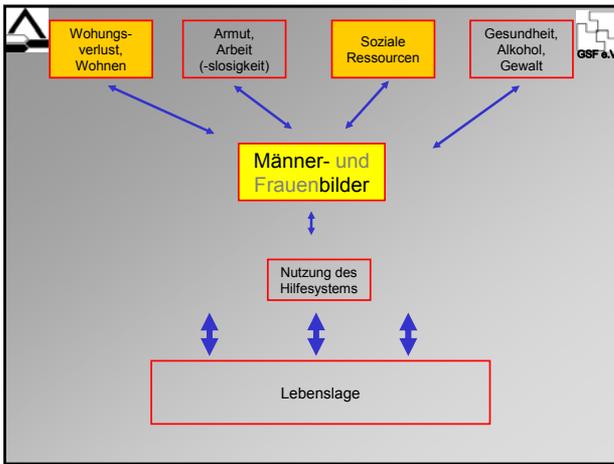
Verteilung der Männerbilder



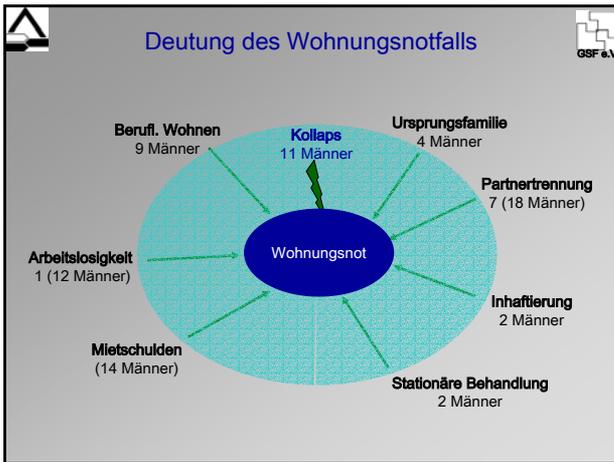
	Gesamt	Notunterkunft	Übergangswohnheim	betreutes Wohnen	Wohnmobil	Wohnung
Arbeits- teilung	6	2	2	0	0	2
Diffusität	9	2	3	2	0	0
Diffusität jung	4	0	1	2	0	0
Durch- setzung Rollen veränderung	11	2	2	0	0	2
	4	1	1	0	1	0
Gesamt	34	7	9	4	1	4

Zusammenhang Männerbilder & Lebensform





Teil III
Die Deutung des Wohnungsnotfalls



Deutung der eigenen Aktivität

(N=11) Strukturell handlungsunfähig
(N=13) Persönlich handlungsunfähig
(N=10) Aktives Handeln (impulsiv oder rational)

Teil IV
Die Deutung sozialer Netzwerke

Vier Formen von Netzwerken und zugehörige Deutungsmuster

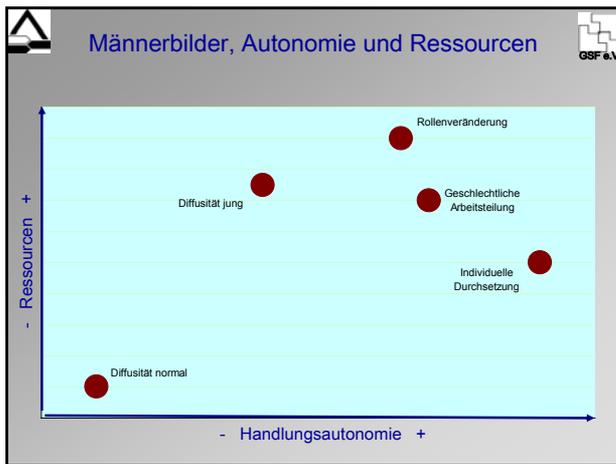
Ursprungsfamilie	Gründungsfamilie	Informelles Netz	Institutionelles Netz
Kontinuität	Stabilität	Nutzung	Abhängigkeit
Restriktion	Instabilität	Differenzierung	Beziehung
Tabuisierung	Gegenhorizont	Distanz	Nutzung
Abbruch	Sekundäre Isolation Primäre Isolation	Abgrenzung	Ablehnung

Vier Formen von Netzwerken und zugehörige Deutungsmuster

Ursprungsfamilie	Gründungsfamilie	Informelles Netz	Institutionelles Netz
Kontinuität Fixität Teilhaftigkeit Stabilisierung Abbruch <i>Unter-schiedliche Ressourcen; maximal karitativ stabilisierend</i>	Stabilität Labilität Generationen Zeithorizont Sekundäre Isolation Primäre Isolation <i>Nur in Ausnahmefällen (Freiwillige Männer)</i>	Nutzung Differenzierung Platte positiv Notunterkunft Abgrenzung <i>sehr unterschiedliche Themen; negativ Abgrenzung</i>	Abhängigkeit Besetzung z.T. Abhängigkeit Lobnung <i>zentrale Ressource</i>

Teil V

Die praktische Bedeutung von Männerbilder bei Wohnungslosen



- ### Fazit
1. Es lassen sich verschiedene „Männerbilder“, d.h. Deutungsmuster von Männlichkeit, ausmachen, die einerseits Anpassungen an vorgefundene Strukturen sind, zum anderen das Handeln in diesen Strukturen mitbestimmen
 2. Es lassen sich **unterschiedliche Deutungsmuster im Hinblick auf den eigenen Wohnungsnotfall** ausmachen, die u.a. die eigene „männliche“ Aktivität in dieser Situation beinhalten
 3. Es lassen sich **unterschiedliche Deutungsmuster zu sozialen Netzen** ausmachen, die Unterschied hinsichtlich der Verfügbarkeit von sozialem Kapital von Männern in Wohnungsnot aufzeigen
 4. Solche **Muster bestimmen das Handeln** hinsichtlich der Wohnungsproblematik, der Sozialen Netzwerke und **auch hinsichtlich** weiterer Aspekte wie **Arbeit, Gesundheit, Partnerschaft, Gewalt** usw.
 5. → **Männerbilder** und **sonstige Handlungs- und Deutungsmuster** scheinen stark **zusammenzuhängen**. Sie bestimmen Aktivitäten und Barrieren bei der Überwindung der Situation der Wohnungslosigkeit mit und müssen für **wirkungsvolle Hilfen mit berücksichtigt** werden

- ### Fazit
1. Es lassen sich verschiedene „Männerbilder“, d.h. Deutungsmuster von Männlichkeit, ausmachen, die einerseits Anpassungen an vorgefundene Strukturen sind, zum anderen das Handeln in diesen Strukturen mitbestimmen
 2. Es lassen sich **unterschiedliche Deutungsmuster im Hinblick auf den eigenen Wohnungsnotfall** ausmachen, die u.a. die eigene „männliche“ Aktivität in dieser Situation beinhalten
 3. Es lassen sich **unterschiedliche Deutungsmuster zu sozialen Netzen** ausmachen, die Unterschied hinsichtlich der Verfügbarkeit von sozialem Kapital von Männern in Wohnungsnot aufzeigen
 4. Solche **Muster bestimmen das Handeln** hinsichtlich der Wohnungsproblematik, der Sozialen Netzwerke und **auch hinsichtlich** weiterer Aspekte wie **Arbeit, Gesundheit, Partnerschaft, Gewalt** usw.
 5. → **Männerbilder** und **sonstige Handlungs- und Deutungsmuster** scheinen stark **zusammenzuhängen**. Sie bestimmen Aktivitäten und Barrieren bei der Überwindung der Situation der Wohnungslosigkeit mit und müssen für **wirkungsvolle Hilfen mit berücksichtigt** werden
- Auch wohnungslose Männer machen zwar ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken.**

Fazit

I: „Von meiner Seite wären das die Fragen. Vielleicht geht Ihnen auch was durch den Kopf, was Sie gerne sagen wollten?“

IP: „Ja, dass die Leute uns nich' alle über einen Kamm scheren. Weil nich' jeder gleich is. Es gibt so ne und so ne; wie überall, in sämtlichen Schichten, wie überall in unserer Gesellschaft. Und eher zweimal hinguckt bevor man urteilt.“

(Mann / 39 Jahre / verwitwet / Platte / München)



I. Hauptursachen des Wohnungsnotfalls



➤ Probleme im sozialen Nahfeld

- Partnerschaftsprobleme verbunden mit
 - Mietschulden
 - Erziehungsprobleme
 - häusliche Gewalt
 - Suchtprobleme
 - Arbeitsplatzverlust
- Familienprobleme
 - Konflikte in der Herkunftsfamilie
 - Todesfälle in der Gründungsfamilie



I. Hauptursachen des Wohnungsnotfalls



- **Gesundheitsprobleme, Behinderung, Abhängigkeit**
 - Körperliche oder psychische Erkrankungen
 - Körperliche oder psychische Behinderung
 - Alkoholabhängigkeit
 - Drogenabhängigkeit



I. Hauptursachen des Wohnungsnotfalls



- Probleme mit der wirtschaftlichen Absicherung
 - Mietschulden
 - ostdeutsche Frauen deuten sich als Opfer der Wende
 - Erwerbslosigkeit
 - Verlust/Aufgabe des Arbeitsplatzes, an den die Wohnung geknüpft war
 - auch in Verbindung mit psychischer Erkrankung oder Unfall



I. Hauptursachen des Wohnungsnotfalls



- Probleme mit der Justiz
 - Haftantritt oder Haftentlassung
 - nur drogenabhängige Frauen



I. Hauptursachen des Wohnungsnotfalls

Deutungsmuster zum zeitlichen Verlauf der Wohnungsnotfallproblematik

➤ Wiederholt

- **2/3** schon früher in der Obdachlosenhilfe
 - Platte
 - Obdachlosenunterkünfte bzw. sonstigen Unterbringungen
 - dies z.T. mit Ehemann/Partner, Kindern

➤ Verdeckt

- **1/3** keine Äußerungen zu früherer Obdachlosigkeit, aber frühere Kontakte ins Hilfesystem
 - Kommunale Obdachlosenhilfe
 - Straffälligenhilfe
 - Klinik-Sozialdienst
 - Jugendamt
 - Behindertenhilfe
 - Drogen- bzw. Suchtkrankenhilfe



II. Doing-Gender – was ist den Frauen besonders wichtig in ihrem Leben?



Zwei die Frauen weitgehend verbindende Deutungsmuster

➤ **Mutterschaft** und **Kinder** als gelebte soziale Verpflichtung und Bindung

- **25 Frauen haben Kinder.**
- **15 Frauen erlebten den Verlust von Kindern**
- **Mehrere Frauen kämpfen um ihre Kinder**
- **Deutungsmuster Mutterschaft beinhaltet nicht Vaterschaft/ Elternschaft**

➤ **Notwendigkeit eigener Erwerbsarbeit + Ausbildung**

- **Fast alle Frauen waren erwerbstätig**
- **Ins Erwerbsleben zurückgekehrte zufrieden**
- **Erwerbslose Frauen unzufrieden**
- **Selbstvorwürfe wenn Erwerbstätigkeit wegen Partner/Familie aufgegeben wurde**



II. Doing-Gender – was ist den Frauen besonders wichtig in ihrem Leben?



Deutungsmuster für die Bewältigung

➤ Frauen deuten sich:

- sparsam
- sparsam und geschickt
 - aufwändige und anstrengende Taktiken der Alltagsversorgung und Güterbeschaffung
- im Umgang mit Geld überfordert
- ungerecht behandelt



II. Doing-Gender – die Beziehungen zu Männern im Erleben der Frauen



Mit zwei gegensätzlichen Deutungsmustern positionieren sich Frauen gegenüber Männern

➤ Positiv

- Wenige Frauen deuten ihre Beziehungen mit Männern als positiv und geglückt

➤ Pessimistisch

- Pessimistisch getöntes konflikt- und gewaltträchtiges Deutungsmuster hegemonialer/ dominanter Männlichkeit
- Frauen deuten sich als Ziel von körperlicher und psychischer männlicher Gewalt



Doing-Gender – die Beziehungen zu Männern im Erleben der Frauen



GSF e.V.

In der Beziehung zu Männern erleben sich Frauen als:

➤ Aktiv und erfolgreich

- Haben den Mann weg gewiesen
- Haben die Wohnung verlassen
- Haben einen verlässlicheren Partner gesucht

➤ Aktiv aber erfolglos

- Haben die Polizei eingeschaltet, sahen sich jedoch nicht unterstützt



Doing-Gender – die Beziehungen zu Männern im Erleben der Frauen



Deutungsmuster zu den Erwartungen an
neue Partnerschaften sind gegensätzlich:

➤ Optimistisch:

- offen für eine neue Partnerschaft, Hoffnung auf Gelingen

➤ Pessimistisch:

- ohne Perspektive für neue Partnerschaft, sehen keinen gemeinsamen Weg mehr mit Männern



III. Welche Unterstützung suchen die Frauen?



- Unterschiedliche Deutungsmuster gegenüber dem Hilfesystem:
 - Positive Deutung der Freien Träger
 - Zwiespältige Deutung bei Ämtern und Behörden



III. Welche Unterstützung suchen die Frauen?



Ämter und Behörden

- **Deutungsmuster: zwiespältiges „sowohl als auch“**
 - zwischen Personen, ihren Handlungsmöglichkeiten sowie einzelnen Leistungen wird unterschieden
 - das ermöglicht bei positiver Deutung von Personen pessimistische Deutung der Handlungsmöglichkeiten oder
 - bei Fehlverhalten von Personen positive Deutung des Amtes



III. Welche Unterstützung suchen die Frauen?



Freie Träger

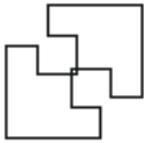
- **Deutungsmuster: durchweg positiv**
 - Personenbezug
 - Aneignung des öffentlichen Raums bzw. öffentlichen Frauenraums
 - Frauen als professionelle Bezugspersonen
 - Preisgünstige Versorgungsmöglichkeiten
 - Möglichkeiten der persönlichen Weiterentwicklung durch soziale Kontakte und Netze



III. Welche Unterstützung suchen die Frauen?



- Ambulante Einrichtungen wie Frauen-Tagestreffs werden gedeutet als:
 - öffentliche Räume
 - Orte unterschiedlicher Angebote
 - Orte der professionellen Unterstützung
 - Orte kostengünstiger Versorgungsangebote
 - Orte, an denen soziale Kontakte möglich sind und sich soziale Netze entwickeln
 - Orte für Austausch und Geselligkeit
 - Orte persönlicher Weiterentwicklung



Dr. Uta Enders-Drägässer

Für die GSF e.V. werde ich zu drei Themenbereichen Ergebnisse aus den ausgewerteten 36 Frauen-Interviews vorstellen, wie sie den Hilfebedarf verdeutlichen bzw. die Anknüpfungsmöglichkeiten für Hilfeangebote:

- 1.: Hauptursachen des Wohnungsnotfalls;
- 2.: Doing Gender – was ist den Frauen besonders wichtig in ihrem Leben als Frau?
- 3.: Welche Unterstützung suchen die Frauen?

Aus der Sicht der Frauen sind Hauptursachen ihres Wohnungsnotfalls vor dem Hintergrund der Heterogenität der Einzelfälle:

"Sind ja auch ganz unterschiedliche Schicksale, die bisher zusammentreffen"

Probleme im sozialen Nahfeld

- **Partnerschaftsprobleme** (auch mit häuslicher Gewalt; mit Mietschulden, mit Erziehungsproblemen, Suchtproblemen, Arbeitsplatzverlust usw. verbunden)
- **Familienprobleme** (Konflikte in der Herkunftsfamilie; Todesfälle in der Gründungsfamilie)

Gesundheitsprobleme, Behinderungen, Abhängigkeiten

- **Körperliche oder psychische Erkrankung**
- **Körperliche oder psychische Behinderung**
- **Alkoholabhängigkeit**
- **Drogenabhängigkeit**

Probleme mit der wirtschaftlichen Absicherung

- **Mietschulden** (nur ostdeutsche Frauen – deuten sich als Opfer der Wende: was vorher eine gewisse Stabilität zu haben schien, trotz Alkohol, Partnerschaftsproblemen, häuslicher Gewalt, ist für sie weggebrochen)
- **Erwerbslosigkeit**
- **Verlust/Aufgabe des Arbeitsplatzes, an den die Wohnung geknüpft war** (auch in Verbindung mit psychischer Erkrankung oder Unfall)

Probleme mit der Justiz

- **Haftantritt oder Haftentlassung** (nur drogenabhängige Frauen)

Die Deutungsmuster zum zeitlichen Verlauf der Wohnungsnotfallproblematik zeigen:

Deutungsmuster wiederholter Wohnungsnotfall:

Zwei Drittel der Frauen deuten früheren **Wohnungsnotfall als zeitweise Obdachlosigkeit** und gaben dazu an, dass sie **auf der Straße waren, Platte gemacht hatten, sich in Abbruchhäusern, Bauwagen, Pensionen oder Hotels, Obdachlosenunterkünften bzw. sonstigen Unterbringungen aufhielten und dies z.T. mit Ehemann/Partner, Kindern, teilweise über längere Zeit, bis zu zwei Jahrzehnten.**

Andere **Zwischenstationen** waren **Klinikaufenthalte, Unterkommen bei Freunden bzw. Bekannten.**

Deutungsmuster verdeckter Wohnungsnotfall:

Ein Drittel der Frauen ohne ausdrückliche Äußerungen dazu hatten wegen **drohender oder tatsächlicher Obdachlosigkeit Kontakt ins Hilfesystem:** zu: Jugendamt, Behindertenhilfe, Straffälligenhilfe, Klinik-Sozialdienst, Drogen- bzw. Suchtkrankenhilfe bzw. waren geräumt worden.

Deutungsmuster eigene Aktivität:

Einige Frauen deuten sich als **aktiv im Umgang mit dem Wohnungsnotfall:** sie geben Wohnungen bewusst auf oder verlassen sie abrupt, geben damit auch schwierige Beziehungen auf und/oder suchen mit und ohne Unterstützung durch das Hilfesystem nach Lösungen.

Zweiter Themenbereich: Doing Gender - was ist den Frauen besonders wichtig in ihrem Leben als Frau?

Es zeigten sich hier **zwei die Frauen weitgehend verbindende Deutungsmuster:**

Mutterschaft und Kinder sowie

die Notwendigkeit eigener Erwerbsarbeit

Gegenüber Männern positionieren sich die Frauen mit zwei gegensätzlichen Deutungsmustern

Mutterschaft und Kinder als gelebte soziale Verpflichtung und Bindung:

25 Frauen haben ein oder mehrere Kinder geboren. Jüngere Frauen schließen eine spätere Mutterschaft nicht aus. Frauen, die mit ihren Kindern leben, betrachten Mutterschaft einschließlich der damit verbundenen Verantwortung als zu ihrem Leben gehörig. Älteren Frauen gilt aktive Mutterschaft als eine eher abgeschlossene Lebensphase mit nur noch bedingter Verantwortlichkeit.

Verlust und Trauer bestimmen die Berichte von 15 Frauen über ihre "verlorenen Kinder": Kinder, die gestorben sind, Kinder, die in der Familie des Vaters oder in Pflegefamilien leben; Kinder, die sie zur Adoption freigegeben haben. Die Deutungen, die von Schuld und Verlust bestimmt sind, beinhalten entweder den Wunsch, dass es die Kinder besser haben und z.B. nicht im Heim aufwachsen sollen wie sie selbst oder die Hoffnung auf eine spätere Gemeinsamkeit.

Für mehrere Frauen steht das **Bild des Kämpfens im Vordergrund**, um das Sorgerecht, um die Rückkehr des vom Vater ins Ausland entführten Kindes, um das Zusammenleben mit dem Kind trotz eigener Behinderung oder psychischer Erkrankung.

In den Deutungsmustern zu "Mutterschaft" kommt ein Deutungsmuster "Vaterschaft" bzw. "Elternschaft" nicht vor. Mutterschaft beinhaltet vielmehr für alle Mütter eher das Bild von alleiniger Verantwortung. Für einige Frauen lag darin der Grund, sich durch die Freigabe zur Adoption vom Kind zu trennen; sie fühlten sich der Aufgabe allein nicht gewachsen und hatten keine Erwartungen an die Väter.

Das Deutungsmuster eigene Aktivität wird immer wieder thematisiert

Doing Gender - Notwendigkeit eigener Erwerbsarbeit einschließlich Ausbildung

Fast alle Frauen waren erwerbstätig gewesen: "Arbeit ist schon mal das Wichtigste"

Wegen ihrer Erwerbslosigkeit und ihrer Einkünfte (meist aus Transferleistungen) deuten sich die Frauen meist als ausgesprochen unzufrieden.

Deutungsmuster Zufriedenheit:

Wenigen Frauen war es gelungen, befristet bzw. in Teilzeit wieder erwerbstätig zu sein.

Deutungsmuster Unzufriedenheit:

Soweit sie nicht erheblich erwerbsgemindert waren bzw. sich verrenten lassen wollten, wollten die Frauen ins Erwerbsleben zurück, bewerteten aber ihre Chancen als gering

Deutungsmuster Selbstvorwürfe:

Hatten Frauen ihre Erwerbstätigkeit aufgegeben (z.B. wegen des Ehemannes bzw. Partners) machten sie sich deswegen z.T. heftige Selbstvorwürfe

Deutungsmuster für die Bewältigung dieser Situation: "Ich bin eine sparsame Frau"

Die Frauen deuten sich:

- entweder als **sparsam** bzw. **sparsam und geschickt** (und schildern **aufwändige Taktiken der Alltagsversorgung und Güterbeschaffung**, wie z.B. gezieltes Aufsuchen von Frühstücks- oder Mittagstisch-Angeboten nach Wochentagen, sorgfältiges Suchen nach Kleiderkammer—Schnäppchen und Discounter-Sonderangeboten; erfolgreiche Schuldentilgung) oder
- als **im Umgang mit Geld und Schulden überfordert** (professionelle Hilfe (Geldverwaltung) wird akzeptiert) sowie **ungerecht behandelt**.

Doing Gender – Die Beziehungen zu Männern im Erleben der Frauen

Mit zwei gegensätzlichen Deutungsmustern positionieren sich die Frauen gegenüber Männern: *"ein Hin und Her"*

- einige wenige Frauen beschreiben **positiv** geglückte Beziehungen mit Männern;
- bei der großen Mehrzahl der Frauen steht ein **pessimistisch getöntes konflikt- und gewaltträchtiges Deutungsmuster hegemonialer/dominanter Männlichkeit** im Vordergrund.
- z.T. deuten **sich die Frauen z.T. auch als Ziel von körperlicher oder psychischer männlicher Gewalt.**
- **Frauen deuten sich nach langjähriger Ehe mit traditioneller Arbeitsteilung wegen jüngeren Frauen verlassen.**

Frauen deuten sich als um ihre Rechte und Eigenständigkeit Kämpfende:

- als **aktiv Handelnde und erfolgreich** (sie haben einen Mann weg gewiesen, die Wohnung verlassen oder haben nach einem verlässlicheren Partner gesucht),
- als **aktiv aber erfolglos** (wenn sie die Polizei einschalteten, sich aber nicht unterstützt sahen).

Die Deutungsmuster zu den Erwartungen an (neue) Partnerschaften sind bei diesen Frauen gegensätzlich:

- **optimistisch:** die Frauen deuten sich als offen für eine neue Partnerschaft, hoffen auf Gelingen.
- **pessimistisch:** die Frauen sehen keinerlei Perspektive mehr in einer neuen Partnerschaft, sehen keinen gemeinsamen Weg mehr mit Männern

Dritter Themenbereich: Welche Unterstützung suchen die Frauen?

Wichtig sind den Frauen:

- **Personenbezug,**
- **öffentlicher Raum mit Frauen als professionellen Bezugspersonen bzw.**
- **öffentlicher Frauenraum,**
- **preisgünstige Versorgungsmöglichkeiten sowie**
- **Möglichkeiten der persönlichen Weiterentwicklung, auch durch soziale Kontakte und Netze**

Die positive Deutung der **Mitarbeiterinnen** und bestimmter Aspekte ihrer **Arbeit** stehen im **Vordergrund**:

- die **Begleitung** bei Ämtergängen wird als wichtige Unterstützung gewertet, die Hilfe oft erst ermöglicht hat;
- Beratung und
- Gespräche werden gedeutet als Möglichkeit zur Verbesserung der eigenen Situation. **Gespräche** werden als unterstützend über den aktuellen Wohnungsnotfall hinaus gedeutet. Die Frauen suchen diese **Gespräche auch informell**, um mit Hilfe von Hinweisen der Mitarbeiterinnen ihre eigenen Angelegenheiten mit Behörden, Kliniken, Gerichten u. a. regeln zu können.

Ambulante Einrichtungen freier Träger wie z.B. Frauen-Tagestreffs werden wahrgenommen und geschätzt:

- als **öffentliche Räume**
- als **Orte unterschiedlicher Angebote**, zwischen denen hinsichtlich des aktuellen Bedarfs **gezielt ausgewählt wird**
- als **Orte der professionellen Unterstützung**, falls ein aktuelles Problem zur Lösung ansteht;
- als **Orte kostengünstiger Versorgungsangebote**,
- als **Orte**, an denen **soziale Kontakte möglich sind und sich soziale Netze entwickeln**;
- als **Orte für Austausch und Geselligkeit** auch nach dem Ende des Wohnungsnotfalls angesichts der Begrenzungen des eigenen Wohnraums; wobei eine Orientierung auf soziale Homogenität auf Unterschiede abhebt und differenziert zwischen Akzeptanz und Ausgrenzung.
- als **Orte persönlicher Weiterentwicklung**

Die Frauen kontrastieren z.T. ihre Erfahrungen bei freien Trägern mit ihren Erfahrungen bei Ämtern und Behörden.

Die Arbeit von Ämtern und Behörden wird zwiespältig gedeutet:

Es wird dabei Bezug genommen auf die **handelnden Personen** innerhalb des jeweiligen Handlungsfeldes, des Sozial-, Wohnungs- oder Arbeitsamtes als Behörde. Dabei wird oft zwischen einzelnen Personen, ihren Handlungsmöglichkeiten sowie einzelnen Leistungen unterschieden.

Diese Unterscheidung ermöglicht bei **einer positiven Deutung von Personen dennoch eine pessimistische Deutung der begrenzten Handlungsmöglichkeiten: "Die können sich die Stellen ja auch nicht aus den Rippen schneiden."**

Umgekehrt ermöglicht sie bei einer mitunter ausführlichen negativen Deutung einzelner Fachkräfte oder Negativbewertungen von Verfahren eine gleichzeitige positive Deutung des jeweiligen Amtes, das eigentlich immer hilfsbereit erlebt worden sei.

Dabei deuten sich einzelne Frauen wie in den anderen Auswertungsbereichen auch als aktiv Handelnde und beschreiben z.B., wie sie sich gegen Fachkräfte und ihren Entscheidungen erfolgreich gewehrt haben, bzw. wie sie ihr eigenes Verhalten gegenüber Fachkräften bewusst steuern, um erfolgreich zu sein

Zum Schluss möchte ich der Bundesregierung für die Förderung danken und den Kolleg/innen im Forschungsverbund in der BAG W. Sie haben sich an unserem qualitativen Ansatz wacker abgearbeitet.

Mein ganz besonderer Dank gilt aber den Interviewpartner/innen, in meinem Fall noch einmal speziell den Frauen. Ihnen verdanke ich eine erweiterte Einsicht in die Vielfalt von Lebensschicksalen und Lebensverhältnissen und wie von Frauen Würde in schwierigsten Situationen und Krisen gelebt wird. Ihnen gebührt mein großer Respekt.

Berlin, 10.3.2005

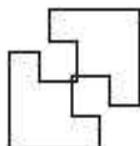


Forschungsverbund
**Wohnungslosigkeit und
Hilfen in Wohnungsnotfällen**

Dr. Uwe Wullkopf, IWU, Darmstadt:

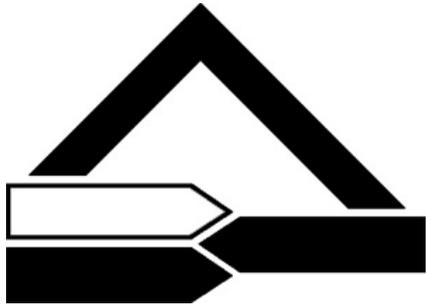
Grundlagen für eine Politik der Wohnungsversorgung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen.

Wohnungsversorgung unterstützungsbedürftiger Haushalte.



GISS



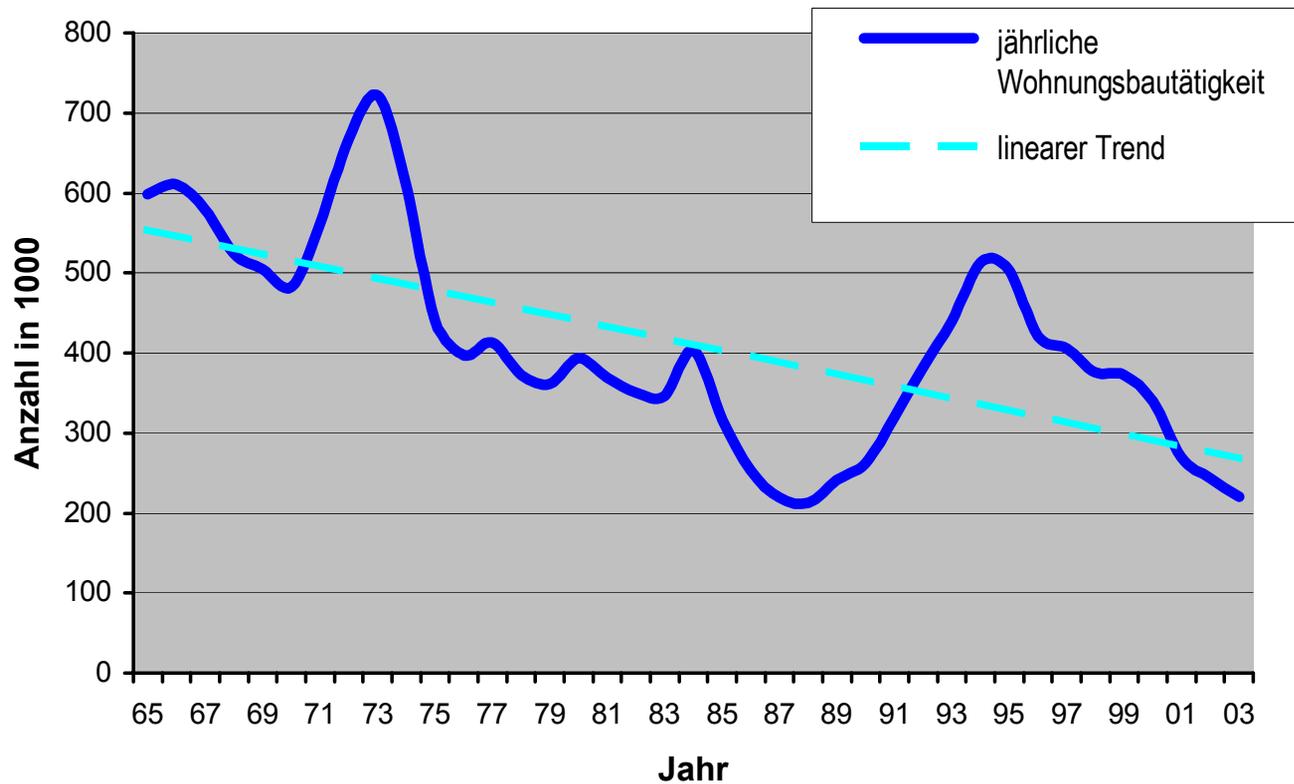


Forschungsverbund
**Wohnungslosigkeit und
Hilfen in Wohnungsnotfällen**

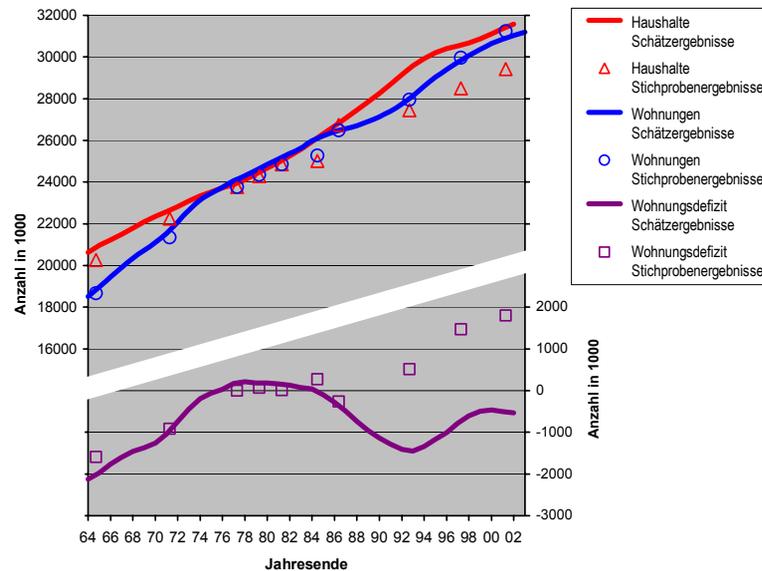
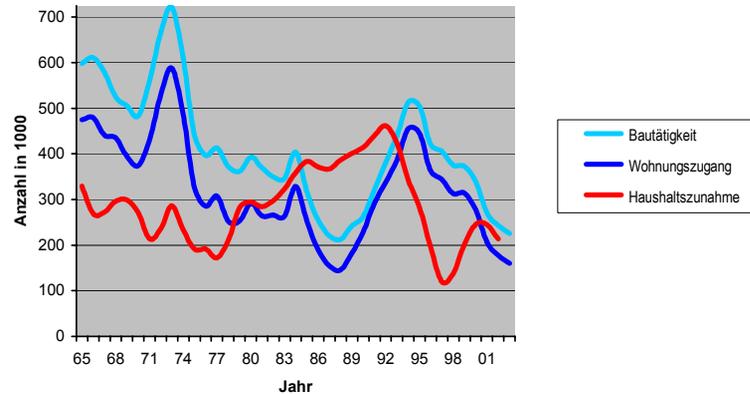
Wohnungsversorgung
unterstützungsbedürftiger
Haushalte



Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit im früheren Bundesgebiet



Bautätigkeit, Wohnungen und Haushalte, Wohnungsdefizit





Entwicklung von Wohnungen und Haushalten in Ostdeutschland

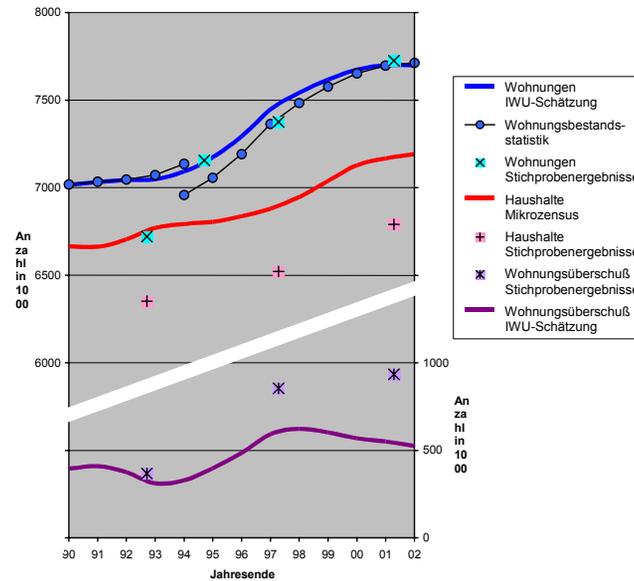
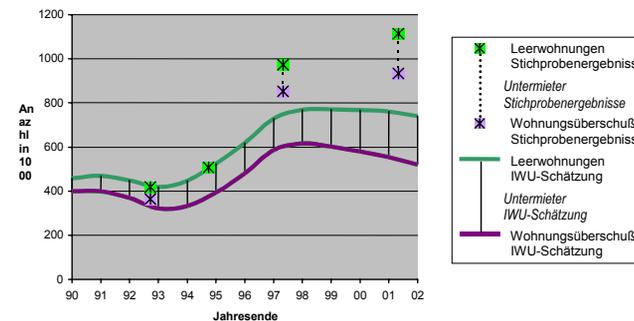
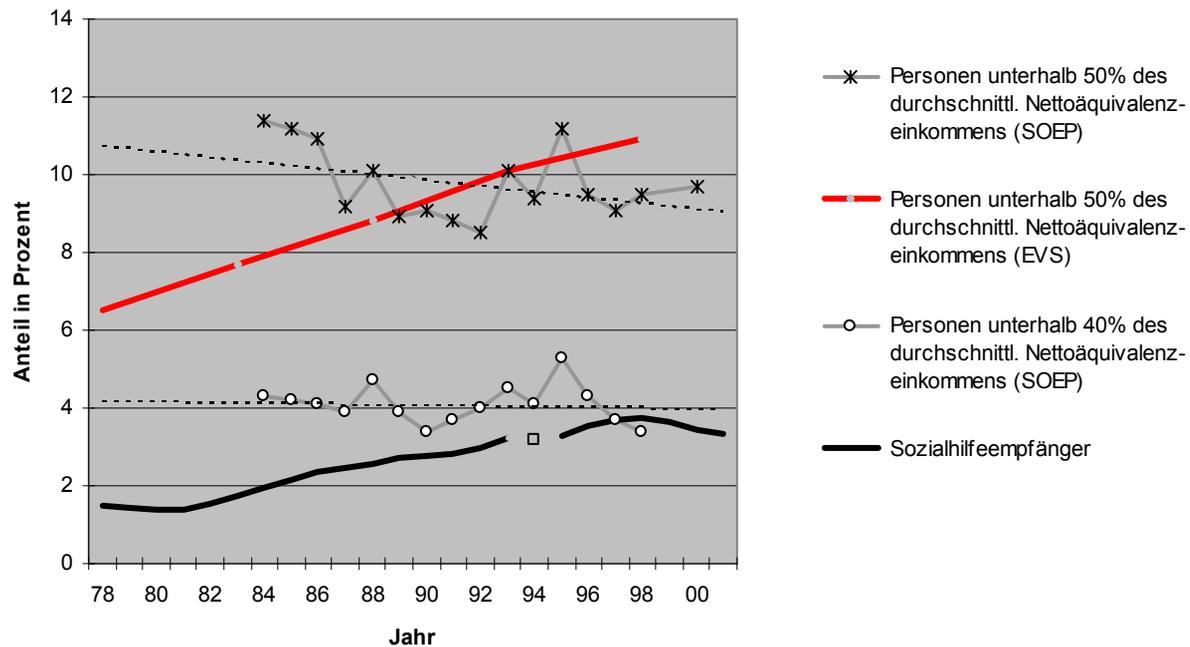


Abbildung 3a: Leerstehende Wohnungen und Zahl der Untermieter in Ostdeutschland



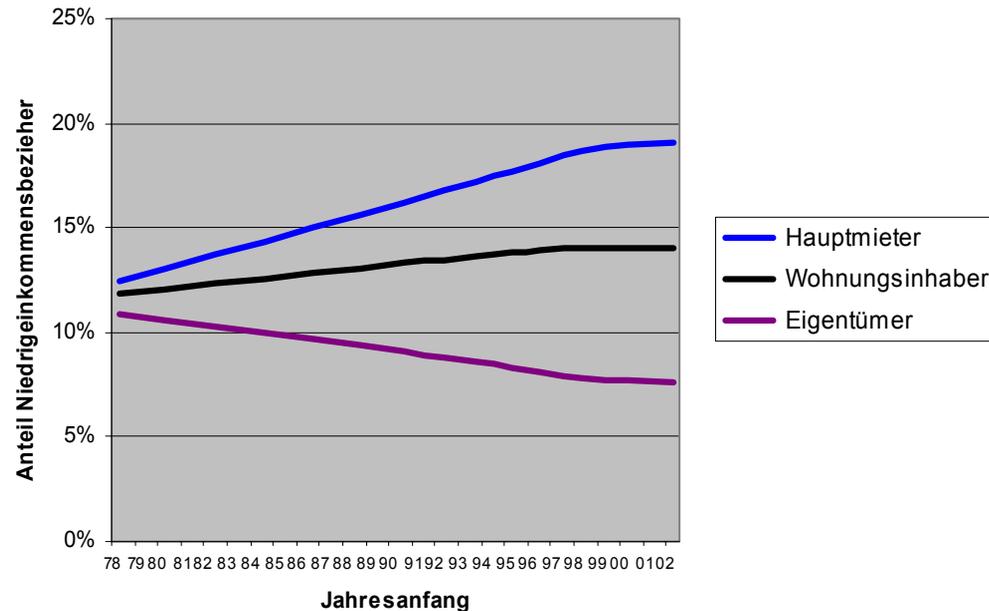


Anteil der Personen im früheren Bundesgebiet im Niedrigeinkommensbereich nach verschiedenen Abgrenzungen (alte OECD-Skale)



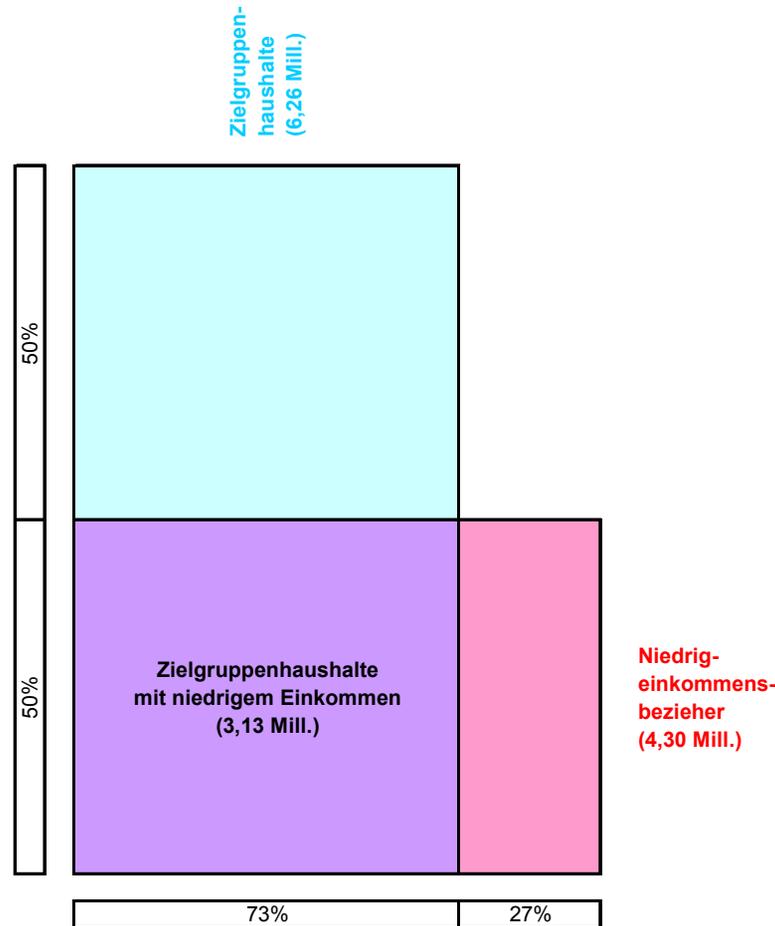


Entwicklung des Anteils der Haushalte im Niedrigeinkommensbereich nach Wohnverhältnis im früheren Bundesgebiet 1978 bis 2002





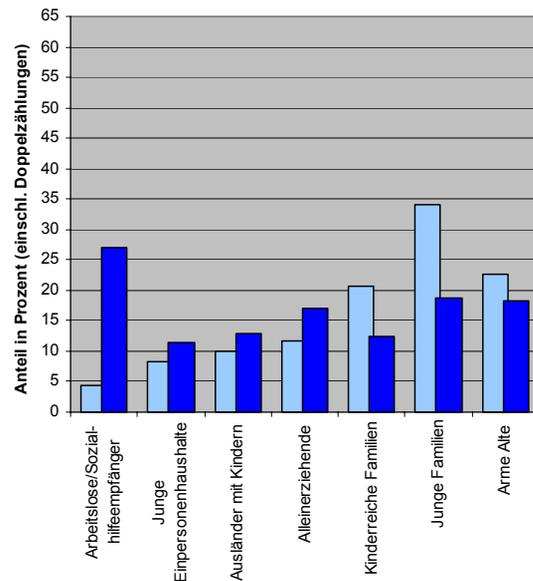
Überschneidungen zwischen Zielgruppenhaushalten und Niedrigeinkommensbeziehern im früheren Bundesgebiet 2002



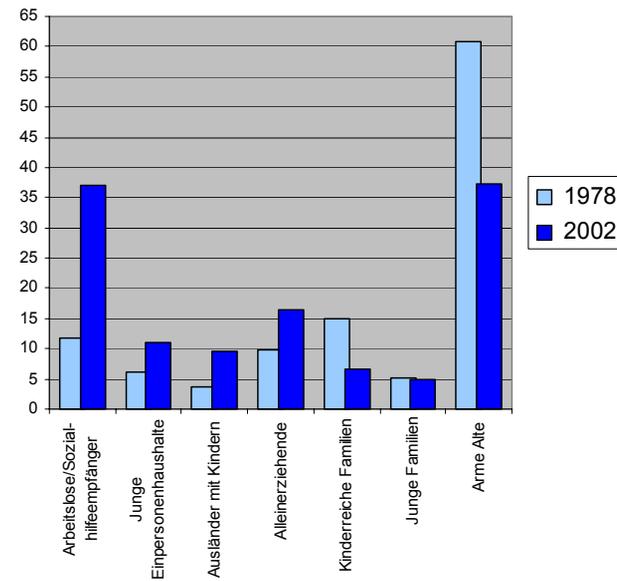


Struktur der Zielgruppenhaushalte im früheren Bundesgebiet 1978 und 2002

Zielgruppenhaushalte



davon: im Niedrigeinkommensbereich





Richtflächen nach Wohngeldgesetz (WoGG) und Hartz IV

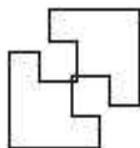
Haushaltsgröße	Richtflächen nach WGG	Richtflächen nach Hartz IV	Durchschnittliche Fläche je WE, Hauptmieter BRD	Durchschnittliche Fläche je WE, Hauptmieter mit allg. Wohngeld
			BRD (MZ 2002)	ABL (MZ 2001)
1 PH	48 m ²	45 – 50 m ²	58,4 m ² (+21,6v.H.)	49 m ²
2 PH	62 m ²	Ca. 60 m ² oder 2 Wohnräume	74,4 m ² (+ 20vH.)	64 m ²
3PH	74 m ²	Ca. 75 m ² oder 3 Wohnräume	83,6 m ² (+ 13v.H.)	75 m ²
4PH	86 m ²	85 – 90 m ² oder 4 Wohnräume	92,8 m ² (+ 7vH.)	83 m ²
Jede weitere Person	+ 12 m ²	+ ca. 10 m ² oder + 1 Wohnraum	100,6 m ² (5 Pers.) (+2v.H.)	90 m ² (5 Pers.) 102 m ² (6 Pers.)

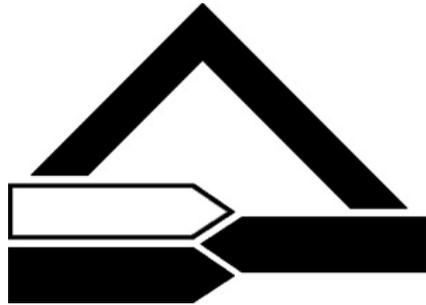


Forschungsverbund
**Wohnungslosigkeit und
Hilfen in Wohnungsnotfällen**

Dr. Heinz Sautter, IWU, Darmstadt:

Grundlagen für eine Politik der Wohnungs-
versorgung einkommensschwacher
Bevölkerungsgruppen.
Wohnungsversorgung ökonomisch und
sozial Benachteiligter.





Forschungsverbund
**Wohnungslosigkeit und
Hilfen in Wohnungsnotfällen**

Grundlagen für eine Politik der Wohnungs-
versorgung einkommensschwacher
Bevölkerungsgruppen



Wohnungsversorgung ökonomisch und sozial Benachteiligter

- 5,7 Mio (ca. 16 %) aller deutschen Haushalte gehörten 2002 zu den Niedrigeinkommenshaushalten
- Von 1978 – 2002 sind die Durchschnittseinkommen der Haushalte um 110 % gestiegen
- Die Mieten sind in dieser Zeit um 200 % gestiegen
- Der Anteil der Sozialhilfeempfänger hat sich verdreifacht
- Zugenommen haben die Anteile junger Einpersonenhaushalte, Ausländer mit Kindern und Alleinerziehender im Niedrigeinkommensbereich
- Abgenommen haben kinderreiche Familien, junge Familien und arme Alte



Auslaufen der Sozialbindungen, Privatisierung ehemals öffentlicher Wohnungen

- 1978 waren die Niedrigeinkommenshaushalte in den Sozialwohnungen noch überhaupt nicht überrepräsentiert
- 1993 waren Alleinerziehende, ausländische Familien sowie Arbeitslose und Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger in Sozialwohnungen überrepräsentiert



Auslaufen der Sozialbindungen, Privatisierung ehemals öffentlicher Wohnungen

- 1987 umfasste der Sozialwohnungsbestand noch knapp 4 Mio Wohnungen
- Ende 2003 war dieser Bestand auf 2,1 Mio Wohnungen (knapp 7 %) gesunken
- Im Jahre 2020 werden es noch knapp 1,3 Mio sein

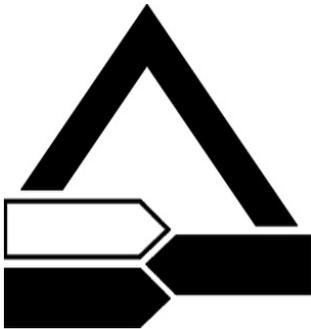


Auslaufen der Sozialbindungen, Privatisierung ehemals öffentlicher Wohnungen

- Knapp 53 % der Haushalte, die nach der Privatisierung einzogen, gehörten zu den Minderverdienenden mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 20 % oder mehr unter der Berechtigungsgrenze des sozialen Wohnungsbaus
- Bei den Haushalten, die schon vor der Privatisierung in diesen Beständen gelebt hatten, betrug dieser Anteil nur 26 %



Kooperative Vorgehensweise zur Versorgung von Haushalten mit besonderen Zugangsproblemen zum Wohnungsmarkt

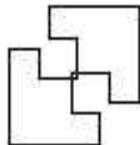


Forschungsverbund **Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen**

Ulrike Hacke, IWU, Darmstadt:

Grundlagen für eine Politik der Wohnungsversorgung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen.

Kooperative Vorgehensweise zur Versorgung von Haushalten mit besonderen Zugangsproblemen zum Wohnungsmarkt.





Ulrike Hacke:

Kooperative Vorgehensweisen zur Versorgung von Haushalten mit besonderen Zugangsproblemen zum Wohnungsmarkt

- Vortrag zum Fachtag -

Ich möchte Ihnen nun abschließend kurz die wichtigsten Ergebnisse des dritten Arbeitsschwerpunktes des IWU vorstellen, in dem wir kommunale Kooperationsansätze untersucht haben, mit denen eine zielgruppenadäquate Wohnraumversorgung für Haushalte mit besonderen Zugangsproblemen zum Wohnungsmarkt angestrebt wird. D.h. es stand vor allem die Wohnraumversorgung von solchen Haushalten im Vordergrund, die neben einem geringen Einkommen und damit einer geringen Mietzahlungsfähigkeit weitere soziale Merkmale oder Problemlagen aufweisen, die sie auf besondere Vorbehalte der Vermieter stoßen lassen, und die neben der Wohnraumbereitstellung häufig weiter gehender Unterstützung im Hinblick auf den Erhalt des Mietverhältnisses bedürfen. Dazu bedarf es der koordinierten Zusammenarbeit der Kommune und den – vor allem öffentlichen – Wohnungsunternehmen einerseits unter Nutzbarmachung der Potentiale freier Träger andererseits, deren Ziel die angemessene und dauerhafte Wohnungsversorgung von Wohnungsnotfällen ist.



Vorgehen

- Untersuchung anhand von Fallbeispielen
 - Auswertung vorhandenen Materials
 - Expertengespräche
 - Analyse von Vermittlungsdaten

- generalisierbare Erkenntnisse mittels fallübergreifender Analyse



Die Untersuchung wurde anhand von Fallbeispielen durchgeführt, wobei unsererseits in viele Richtungen recherchiert wurde und drei verbindliche Kooperationen unterschiedlichen Typs an den Standorten Berlin, Wiesbaden und Dresden in eine fallstudienübergreifende Analyse einbezogen wurden. Zusätzlich zur Auswertung von in der Regel spärlich vorhandenen Materialien und zur Durchführung zahlreicher Expertengespräche konnten an zwei Standorten – nämlich Berlin und Dresden - Vermittlungsdaten analysiert werden, die Aufschluss über die sozioökonomische Situation der vermittelten Haushalte, die Entwicklung der Mietverhältnisse sowie über sozialräumliche Aspekte brachten.

In Anbetracht der kurzen Vortragszeit beschränke ich mich im Folgenden vor allem auf eine beinahe schlagwortartige Darstellung der generalisierbaren Ergebnisse und auf eine Zuspitzung im Besonderen der Probleme, denen sich solche Kooperationen gegenüber sehen können. Eine ausführliche Darstellung finden Sie in unserem in Bälde erscheinenden Teilbericht. Darüber hinaus besteht sicherlich morgen in den Arbeitsgruppen die Möglichkeit zu gezielten Nachfragen, wenn es insbesondere darum geht, welche Empfehlungen wir für Politik und Praxis auf der Basis unserer Analyse ableiten können.

Erfahrungen bei der Zusammenarbeit

- Kooperationen der untersuchten Art sind sehr voraussetzungsvoll.
- Die Kooperationen der untersuchten Art bewegen sich im Spannungsfeld grundlegender Interessengegensätze zwischen

Kommune

und

Wohnungsunternehmen

(Interesse an einer bedarfsgerechten Wohnungsversorgung aller Haushalte, die auf ihre Hilfe angewiesen sind, also auch von „schwierigen“, problembelasteten Haushalten)

(Interesse an Mietern, deren Mietzahlungen gesichert sind und die im Zusammenleben keine Belastung für die Hausgemeinschaft darstellen)

- Sanktionierungen sind schwer „verhandelbar“.

Mit unserer Untersuchung wird bestätigt, dass Kooperationen der untersuchten Art sehr voraussetzungsvoll sind, da sie nicht nur ein besseres Verständnis von den Tätigkeitsbereichen der Partner erfordern, sondern auch die Bereitschaft zur Koordination des eigenen Handelns, was mit einem erhöhten Aufwand und auch mit erhöhten Kosten verbunden ist. Gleichzeitig hängen das Zustandekommen, der Weiterbestand und der Erfolg solcher Kooperationen in hohem Maße vom Engagement der Personen ab, die diesen Ansatz „tragen“.

Selbst bei einem „guten Willen“ der Partner kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen und teilweise auch zu einem wechsellvollen Verlauf mit „Höhen und Tiefen“, was fast immer auf den grundlegenden Interessengegensatz zwischen Kommunen und Wohnungsunternehmen bei der Wohnungsversorgung von Wohnungsnotfällen zurückgeht: Ihrem Versor-



gungsauftrag entsprechend haben die Kommunen verständlicherweise ein Interesse an einer bedarfsgerechten angemessenen und dauerhaften Wohnungsversorgung von möglichst allen Haushalten, die dabei auf ihre Hilfe angewiesen sind, auch von „schwierigen“, problembelasteten Haushalten. Die Wohnungsunternehmen haben ebenfalls verständlicherweise ein Interesse an Mietern, die ihre Miete zahlen und im Zusammenleben keine Belastung für die Hausgemeinschaft darstellen.

Bei den Kooperationen sind in der Regel keine Sanktionsmöglichkeiten vorgesehen für den Fall, dass sich die Vertragspartner nicht an die Vereinbarungen halten, was sicherlich konstruktionsbedingt ist, was aber durchaus von Nachteil sein kann, wenn die Erfüllung der Absprachen letztlich vom „good will“ der Beteiligten abhängt und die Nichterfüllung ohne verhandelte Konsequenzen bleibt.

Zielgruppen der Kooperationen

- Kooperationen der untersuchten Art zielen überwiegend ab auf die Wohnraumversorgung von Wohnungsnotfällen, die vom Wohnungsverlust unmittelbar bedroht bzw. bereits betroffen sind.
- Ergebnisse der Analyse der Vermittlungsdaten:
 - ca. 2/3 von Wohnungslosigkeit betroffen
 - hauptsächlich männliche 1-PHH
 - Haushalte mit Mietschulden aus dem vorherigen Mietverhältnis + weitere Problembelastung(en)

Definitionsgemäß zielen die untersuchten Kooperationen ausschließlich bzw. überwiegend auf die Wohnraumversorgung von Wohnungsnotfällen ab, die vom Wohnungsverlust unmittelbar bedroht oder bereits betroffen sind. Unsere Analysen der Vermittlungsdaten zeigten, dass dies bislang überwiegend bereits vom Wohnungsverlust betroffene Haushalte und dabei weit überwiegend männliche Einpersonenhaushalte waren, die über die Kooperation mit Wohnraum versorgt wurden und die neben aufgelaufenen Mietschulden aus dem vorherigen Mietverhältnis weitere Problemkonstellationen wie Sucht, Konsumschulden, Verwahrlosung, psychische Erkrankungen oder Haftentlassung aufweisen.



Umfang des bereitgestellten Wohnungsangebotes

- Der Bedarf ist höher als das zur Verfügung gestellte Wohnungsangebot.
- Als Gründe werden angeführt:
 - Mangel an Kleinwohnungen (1-PHH)
 - zu niedrige oder zu unflexible Festlegung der Mietobergrenzen
 - Berücksichtigung der „sozialen Durchmischung“
- Übereinstimmend stellen die Wohnraumvermittlungstellen fest, dass die Bereitschaft der Wohnungsunternehmen zur Vermietung an Wohnungsnotfälle rückläufig ist.

Der Umfang der im Rahmen der Kooperationsvereinbarungen zur Verfügung gestellten Wohnungen deckt nicht den tatsächlichen Bedarf. Insbesondere wird ein eklatanter Mangel von geeigneten Kleinwohnungen für die hauptsächliche Zielgruppe der Einpersonenhaushalte beklagt. Damit im Zusammenhang stehend wird von den Wohnungsunternehmen beklagt, dass die Mietobergrenzen für Sozialhilfeempfänger zu niedrig festgelegt seien, unzureichend an die allgemeine Mietenentwicklung angepasst und/oder zu starr gehandhabt werden, so dass ein großer Teil der frei werdenden Wohnungen für eine Belegung mit der Zielgruppe gar nicht in Frage komme. Darüber hinaus müssten Aspekte der „sozialen Durchmischung“ beachtet werden, die die Belegung insofern erschweren, als dass es sich überwiegend um Einpersonenhaushalte handele und die den Mietobergrenzen entsprechenden Wohnungen von vornherein auf bestimmte Bestände beschränkt sind.

Die kommunalen Wohnungsvermittlungstellen stellen ihrerseits fest, dass die Vorbehalte der Wohnungsunternehmen im Hinblick auf die Vermietung an Wohnungsnotfälle größer werden.

Bedarfsgerechtigkeit der Wohnungen

Bei den freigemeldeten Wohnungen ist nicht auszuschließen, dass es zu einer Überschneidung von negativen Merkmalen kommt

- im Hinblick auf die Wohnung selber
- sowie im Hinblick auf deren Lage,

was Zweifel an der DAUERHAFTIGKEIT der Wohnungsverorgung aufkommen lässt.



Im Zuge der Untersuchung sind an der Bedarfsgerechtigkeit einer auf Dauerhaftigkeit angelegten Wohnungsversorgung auch in qualitativer Hinsicht Zweifel aufgekommen. Bei den freigemeldeten Wohnungen lässt sich nicht ausschließen, dass es zu einer Überschneidung von negativen Merkmalen kommt: im Hinblick auf die Wohnung selber (einfacher Standard, Ofenheizung, Renovierungs- bzw. Sanierungsbedürftigkeit) sowie vor allem auch im Hinblick auf deren Lage (vornehmlich in Wohngebieten mit einer Konzentration von benachteiligter Bevölkerung, z.T. auch an der Grenze zu sozialen Brennpunkten). In Berlin führt dies bspw. dazu, dass die Wohnungsbewerber die angebotenen Wohnungen häufig ablehnen, wodurch sich der Vermittlungsaufwand beträchtlich erhöht. In Dresden verzichtet die Kommune von sich aus teilweise auf die Belegung, um die bereits vorhandene räumliche Konzentration nicht noch weiter zu verschärfen.

Wohnungssicherung

- Benennung von verbindlichen Ansprechpersonen
- frühzeitige Meldung von Mietvertragsverletzungen
- Betreuung/Hilfeleistungen bei Bedarf

Risikominderung für die Wohnungsunternehmen

- Überprüfung der Zugangsvoraussetzungen (Prognose)
- begründete Ablehnungsmöglichkeit der WU
- Übernahme von Gewährleistungen

Um das Kooperationsziel einer dauerhaften Wohnungsversorgung zu erreichen, ist neben der Schaffung regulärer Mietverhältnisse in bedarfsgerechten Wohnungen die Bereitstellung ausreichender und gut vernetzter Hilfen zum Erhalt der vermittelten Wohnung notwendig. Dazu gehören die Benennung von Ansprechpersonen für die Vermieter, an die sie sich im Problemfalle wenden können, die möglichst frühzeitige Meldung von Mietvertragsverletzungen, aber auch die Verpflichtung in der Regel der Kommunen zur Betreuung bei Bedarf, wobei sie diese Aufgabe entweder selbst wahrnehmen oder entsprechend an andere Träger delegieren.

Insbesondere zum Zwecke der Risikominimierung auf Seiten der Vermieter sind weitere Aspekte von Relevanz: Mit der Überprüfung der Zugangsvoraussetzungen der Bewerberhaushalte soll sichergestellt werden, dass nur Haushalte vorgeschlagen werden, die zu einer eigenständigen Lebensführung in regulärem Wohnraum fähig sind, auch wenn sie dazu ggf. soziale Unterstützung brauchen. Kritisch muss in diesem Zusammenhang angemerkt werden, dass beim Fehlen einigermaßen einheitlicher Kriterien für eine solche Prognose Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit bestehen. Zur Minderung ihres Vermietungsrisikos haben die Wohnungsunternehmen zudem in allen untersuchten Kooperationen das Recht zur begründeten Ablehnung, wobei sie – wie schon an anderer Stelle erwähnt – in letzter Zeit deutlich reger



davon Gebrauch machen. Schließlich fordern Wohnungsunternehmen als Voraussetzung ihrer Mitwirkung in derartigen Kooperationen immer wieder finanzielle Absicherungen in Form von Gewährleistungen ein. Allerdings ist bspw. in Berlin festzustellen, wo von Anfang an eine Schadensregulierung vertraglich festgehalten wurde, dass die dortigen Wohnungsunternehmen wohl vor allem aufgrund der formalen Vorgaben kaum davon Gebrauch machen.

Verbleib der Haushalte = Erfolg des Konzepts

- fehlende Erfolgskontrolle in allen Standorten
- Ergebnisse der Versorgungswirkungsanalyse anhand der Vermittlungsdaten
 - Berlin: innerhalb von 3 Jahren waren bei 1/3 der vermittelten Haushalte Probleme aufgetreten; bei etwa 9 % trat ein erneuter Wohnungsverlust ein
 - Dresden: 2/3 der „besonders schwierigen“ Haushalte (vormals wiederholt wohnungslos, Mehrfachproblemlagen), die in größerem Umfang Hilfen erhielten, waren nach 2-3 Jahren noch wohnhaft

Obwohl die „dauerhafte Sicherung“ des Mietverhältnisses ausdrückliches Ziel der untersuchten Kooperationen ist, wurde an keinem Standort ein Controlling eingerichtet, um den Verlauf der Mietverhältnisse regelmäßig zu ermitteln. Die Analyse der vorhandenen Daten zu Problemmeldungen in Berlin ergab, dass bei einem knappen Drittel der vermittelten Haushalte Probleme auftraten, die bei etwa 9 % der vermittelten Haushalte zu einem erneuten Wohnungsverlust führten. Da diese Probleme bereits recht bald nach Bezug der Wohnung auftraten, lässt dies darauf schließen, dass die anfänglichen Integrationsaushilfen nicht ausreichend waren.

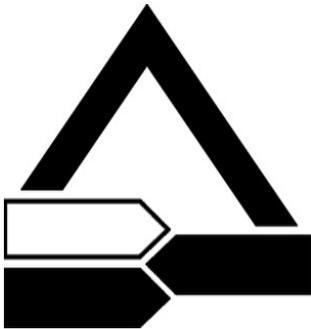
Andererseits ließ sich aber auch in Dresden feststellen, dass diejenigen Haushalte die vor der Wohnungsvermittlung bereits wiederholt wohnungslos geworden waren, Mehrfachproblemlagen in sich vereinten, aber auch entsprechend umfänglich Betreuungs- und Unterstützungsleistungen erhielten, zum überwiegenden Teil nach einem betrachteten 2- bis 3-Jahreszeitraum noch in der vermittelten Wohnung lebten. Dies kann als positives Indiz dafür gewertet werden, dass mit ausreichender flankierender Unterstützung auch die dauerhafte Integration von „besonders schwierigen“ Haushalten in Normalwohnraum gelingt.

Trotz fehlender statistisch belegter Erfolgskontrolle in den untersuchten Kooperationen konnten wir keine „Drehtüreffekte“ dergestalt feststellen, dass etwa die Mehrzahl der zustande gekommenen Mietverhältnisse letztlich wieder scheitern würde.

Summa summarum lässt sich also festhalten, dass bei den von uns untersuchten Kooperationen, die eine Reihe innovativer Ansätze in sich bergen, grundsätzlich an vielen Stellen Verbesserungen möglich sind, mit denen ihr quantitativer und qualitativer Erfolg gesteigert werden könnte. Darum geht es ja vor allem im morgigen Empfehlungsteil. In jedem Falle muss aber ausdrücklich unterstrichen werden, dass gute Erfolge bei der Reintegration von Woh-



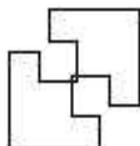
nungsnotfällen erreicht werden können, wenn sich Kommune, Wohnungsunternehmen und freie Träger zu kooperativen Vorgehensweisen zusammentun und ihre Tätigkeitsbereiche vernetzen.



Forschungsverbund
**Wohnungslosigkeit und
Hilfen in Wohnungsnotfällen**

Volker Busch-Geertsema, Jürgen Evers und
Dr. Ekke-Ulf Ruhstrat ,GISS e. V., Bremen:

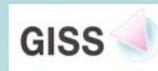
Grundlagen für eine Politik zur Verbesserung des
„Hilfesystems“ in Wohnungsnotfällen



Forschungsverbund

Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen

Teiluntersuchung:
Grundlagen für eine Politik zur Verbesserung des
Hilfesystems in Wohnungsnotfällen



Teiluntersuchung: Grundlagen für eine Politik zur Verbesserung des Hilfesystems in Wohnungsnotfällen

Arbeitsschritt 1: Aktuelle Entwicklungen bei den Hilfen in
Wohnungsnotfällen

Bericht im Oktober 2003 erschienen

Arbeitsschritt 2: Evaluation von Regelungen und Angeboten der
„persönlichen Hilfen in Wohnungen“

Bericht im November 2004 erschienen

Arbeitsschritt 3: Wirkungsanalyse persönlicher und wirtschaftlicher
Hilfen bei der Prävention von Wohnungslosigkeit

Bericht im Februar 2005 erschienen

www.giss-ev.de

Vorstellung ausgewählter Ergebnisse zu ...

Regelungen und Angeboten „persönlicher Hilfen in Wohnungen“

(zweiter Arbeitsschritt)

Persönlichen und wirtschaftlichen Hilfen bei der Prävention von Wohnungslosigkeit

(dritter Arbeitsschritt)

Einflüssen von „Hartz IV“ (SGB II und SGB XII) auf die Hilfen in Wohnungsnotfällen

Regelungen und Angebote der „persönlichen Hilfen in Wohnungen“

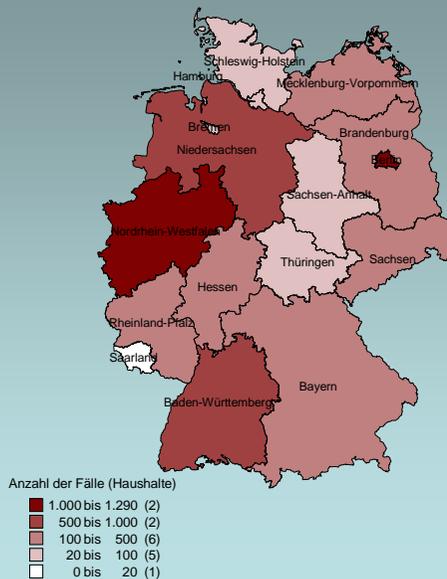
Themen:

- Verbreitung des Hilfeansatzes
- Struktur und Entwicklung der Angebote
- Nutzerinnen und Nutzer
- Wohnungshilfen und Wohnungsversorgung
- Struktur und Inhalte der persönlichen Hilfen
- Regionale Unterschiede (Ost / West)
- Geschlechtsspezifische Unterschiede

Methoden

- Schriftliche Befragung von 675 Einrichtungen und Trägern: bundesweite postalische Vollerhebung zum Stichtag 30.9.2003 mit einer Rücklaufquote von 72%
- Vertiefende Fallstudien in sechs ausgewählten Städten: Berlin, Duisburg, Greifswald, Hamm, Karlsruhe und Leipzig

Verteilung der von der Befragung am Stichtag 30.9.2003 erfassten Fälle (Haushalte) mit persönlichen Hilfen in Wohnungen nach Bundesländern



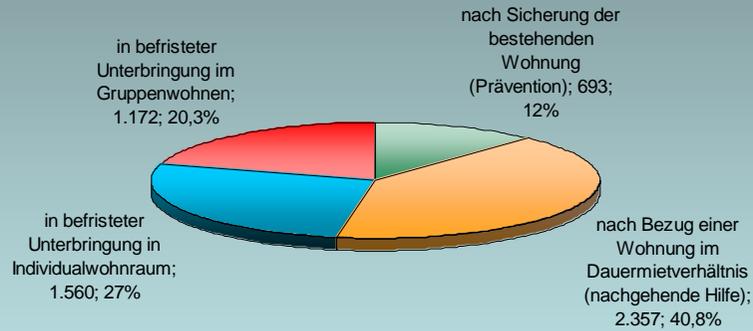
Bundesland	Fälle (Haushalte)	
	Anzahl	%
Nordrhein-Westfalen	1.288	22,3
Berlin	1.147	19,8
Niedersachsen	859	14,9
Baden-Württemberg	752	13,0
Hessen	419	7,2
Sachsen	379	6,6
Mecklenburg-Vorpommern	321	5,6
Bayern	198	3,4
Brandenburg	115	2,0
Rheinland-Pfalz	101	1,7
Bremen	68	1,2
Sachsen-Anhalt	44	0,8
Schleswig-Holstein	43	0,7
Hamburg	25	0,4
Thüringen	23	0,4
Saarland	0	–
Bundesrepublik gesamt	5.782	100

© GISS Bremen, schriftliche Befragung zum 30.9.2003

Entwicklung und Struktur der Angebote

- Seit Mitte/Ende der 1990er-Jahre Ausbau der Hilfeform
- Zu 90 % wurden die Hilfen nach § 72 BSHG finanziert, vorrangig als ambulante Hilfe (zu 84 %)
- Die überörtlichen Träger der Sozialhilfe spielten bei der Finanzierung eine überragende Rolle
- Bei knapp 80 % der Fälle erfolgten die Regelungen zur Intensität über Betreuungsschlüssel
- Die Hilfeform hatte in allen Fallstudienorten einen hohen Stellenwert und standardisierte Hilfeplanverfahren spielten eine bedeutsame Rolle bei der Bewilligung und Durchführung der Hilfen

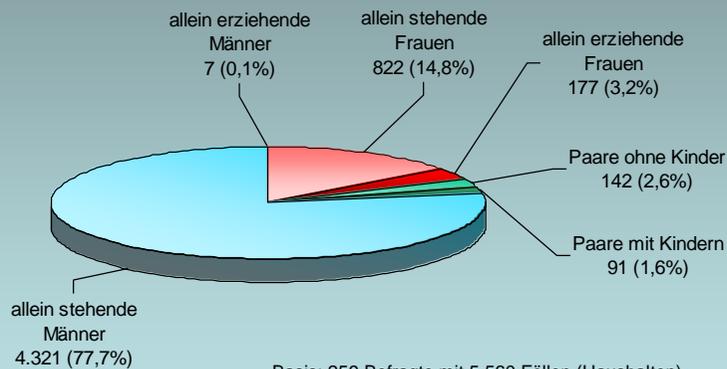
Bereiche der Hilfe in Wohnungsnotfällen



Basis: 261 Befragte mit 5.782 Fällen (Haushalten)

© GISS Bremen, schriftliche Befragung zum 30.9.2003

Nutzung nach geschlechtsspezifischer Haushaltsdifferenzierung

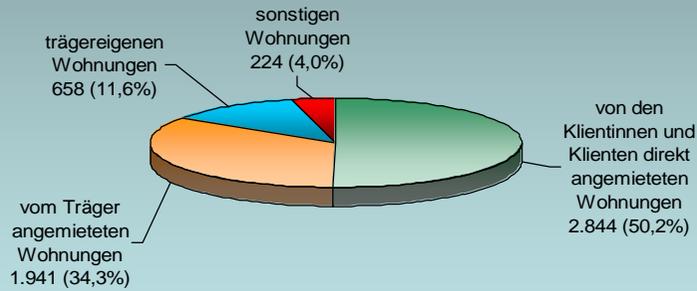


Basis: 259 Befragte mit 5.560 Fällen (Haushalten)

© GISS Bremen, schriftliche Befragung zum 30.9.2003

Besitzverhältnisse der Wohnungen, in denen am 30.9.2003 persönliche Hilfe geleistet wurde

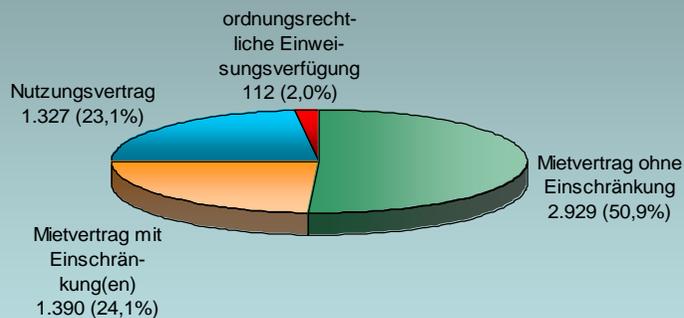
Die persönliche Hilfe wurde durchgeführt in:



Basis: 258 Befragte mit 5.667 Fällen

© GISS Bremen, schriftliche Befragung zum 30.9.2003

Rechtsform der Wohnverhältnisse, in denen am 30.9.2003 persönliche Hilfe geleistet wurde



Basis: 258 Befragte mit 5.758 Fällen

© GISS Bremen, schriftliche Befragung zum 30.9.2003

Struktur und Inhalte der persönlichen Hilfen

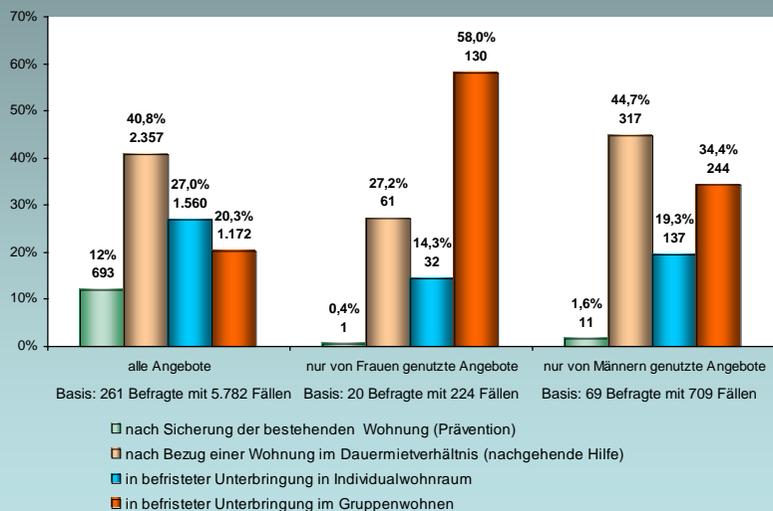
- **Hilfeschwerpunkte** sind: materielle Absicherung, finanzielle Probleme, Umgang mit Ämtern, Arbeitslosigkeit, soziale Isolation, gesundheitliche Probleme, Pflichten aus Mietvertrag.
- Bei mehr als der Hälfte der Fälle werden „Komm-“ und „Gehstruktur“ zu gleichen Teilen praktiziert, bei einem Viertel überwiegt eine „Gehstruktur“ und bei 21 % eine „Komm-Struktur“.
- Bei Regelungen über Betreuungsschlüssel war bei 80 % der Fälle eine Fachkraft für zwischen 10 und 16 Fälle zuständig.
- Einzelfallhilfe nach dem Bezugspersonenprinzip mit individueller Hilfeplanung und regelmäßigem Kontakt ist die gängige Methode bei der Durchführung der Hilfen.

- Die Hilfen werden durchgängig zeitlich befristet, wobei große regionale Unterschiede bestehen. Bei (gelegentlich notwendigen) längerfristigen Hilfen fehlt zumeist eine adäquate Finanzierungsgrundlage.
- Der Hilfeansatz wird von den meisten Befragten als geeignetes und wirksames Instrument zur Integration in normale Wohnverhältnisse eingeschätzt.
- Hinsichtlich der Qualitätssicherung der Angebote und der Vereinheitlichung wurde vielerorts noch Handlungsbedarf gesehen.

Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

- Der Einfluss tradierter Hilfestrukturen auf die Organisation der Hilfen ist in Ostdeutschland geringer: weniger überörtlich und stationär finanzierte Fälle.
- In Ostdeutschland spielen Hilfen im Anschluss an Wohnungssicherungen (Prävention) eine größere Rolle.
- Der Anteil von Fällen mit direkt von den Klientinnen und Klienten angemieteten Wohnungen mit regulärem Mietvertrag ist in Ostdeutschland deutlich höher.

Bereiche der Hilfen in Wohnungsnotfällen im Gesamtsample und bei geschlechtsspezifisch genutzten Angeboten



Weitere geschlechtsspezifische Unterschiede:

■ bei Frauen:

- große Bedeutung von Gewalterfahrungen
- mehr psychische Probleme
- größere hauswirtschaftliche Kompetenz
- ausgeprägtere Beziehungsorientierung
- mehr Eigenständigkeit bei der Inanspruchnahme von Hilfen

■ bei Männern:

- mehr Suchtprobleme (Alkohol)

Fazit

- Die Gewährung von persönlichen Hilfen in Wohnungen ist ein bedeutsamer Hilfeansatz.
- Er eröffnet für die Betroffenen nicht nur den Weg zu größerer Normalität, sondern damit hat sich auch die Wohnungslosenhilfe selbst auf den Weg zu größerer Normalität ihrer eigenen Hilfeleistungen begeben.
- Dieser Weg ist richtig. Er sollte weiter fortgeführt und ausgebaut werden.

Persönliche und wirtschaftliche Hilfen bei der Prävention von Wohnungslosigkeit

Beispielhafte Fragestellungen

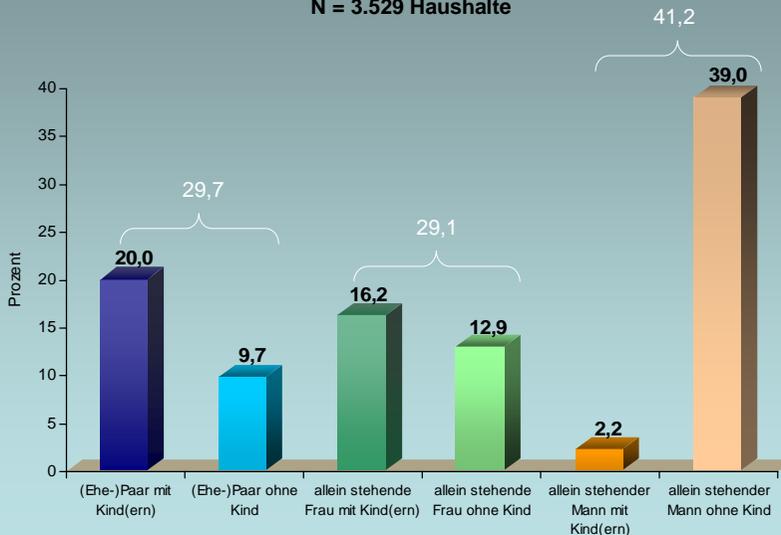
- Wer sind die von Wohnungslosigkeit Bedrohten?
- Anlässe und Gründe drohender Wohnungslosigkeit?
- Bedarf der von Wohnungslosigkeit bedrohten Haushalte an institutioneller Hilfe?
- Art und Umfang institutioneller präventiver Hilfen?
- Wiederholungsproblematik?

Untersuchungsgegenstand und -methoden

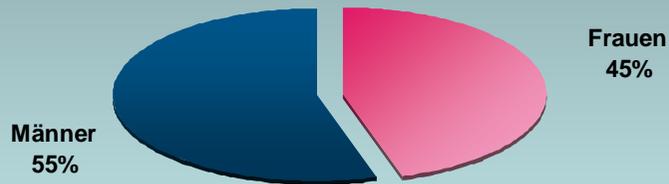
- teilstandardisierte Erfassung von mehr als 3.600 von Wohnungslosigkeit bedrohten Haushalten in 43 Städten
- vertiefende Fallstudien in vier ausgewählten Städten (Braunschweig, Elmshorn, Magdeburg und Mannheim)
- Face-to-face-Interviews mit 20 (ehemals) von Wohnungslosigkeit bedrohten Haushalten

Von Wohnungslosigkeit bedrohte Haushalte nach geschlechtsspezifischer Haushaltsdifferenzierung

N = 3.529 Haushalte

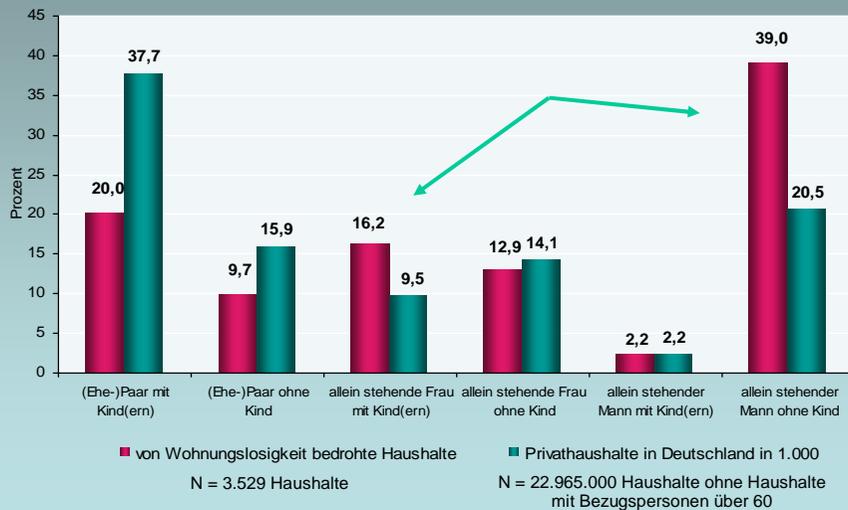


Von Wohnungslosigkeit bedrohte erwachsene Personen (ohne volljährige Kinder) nach Geschlecht (N = 4.573)



© GISS Bremen 2004 / Erhebung bei 43 Städten im Zeitraum von 6 Wochen 2003/2004

Vergleich der von Wohnungslosigkeit bedrohten Haushalte nach geschlechtsspezifischer Haushaltsdifferenzierung mit Haushalten in Deutschland gesamt (altersbereinigt)

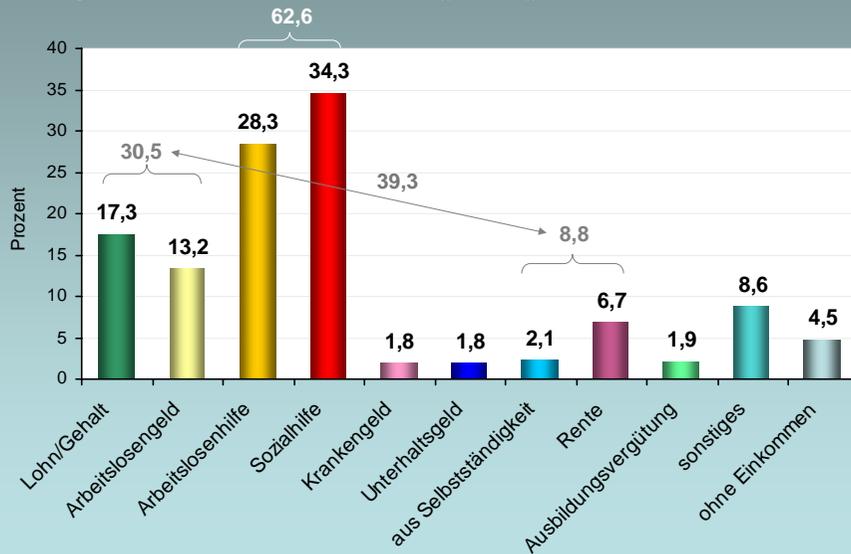


© GISS Bremen 2004 / Erhebung bei 43 Städten im Zeitraum von 6 Wochen 2003/2004

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2002

Aktuelles Haushaltseinkommen zum Zeitpunkt des drohenden Wohnungsverlustes

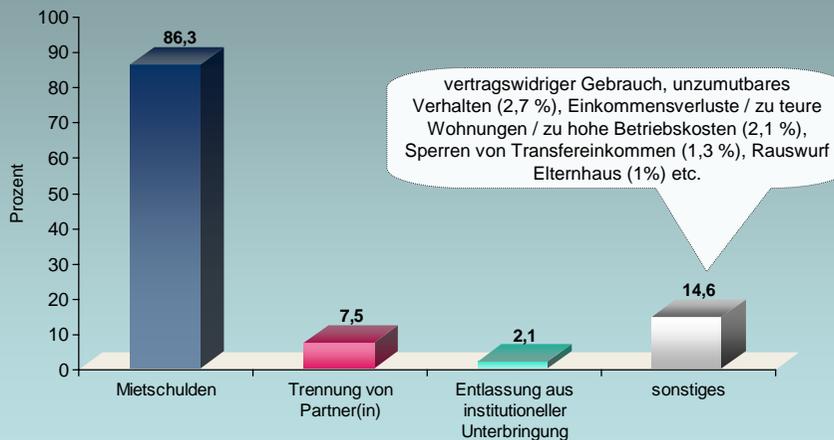
Haupteinkommen, Mehrfachnennungen möglich / N = 2.989 Haushalte



© GISS Bremen 2004 / Erhebung bei 43 Städten im Zeitraum von 6 Wochen 2003/2004

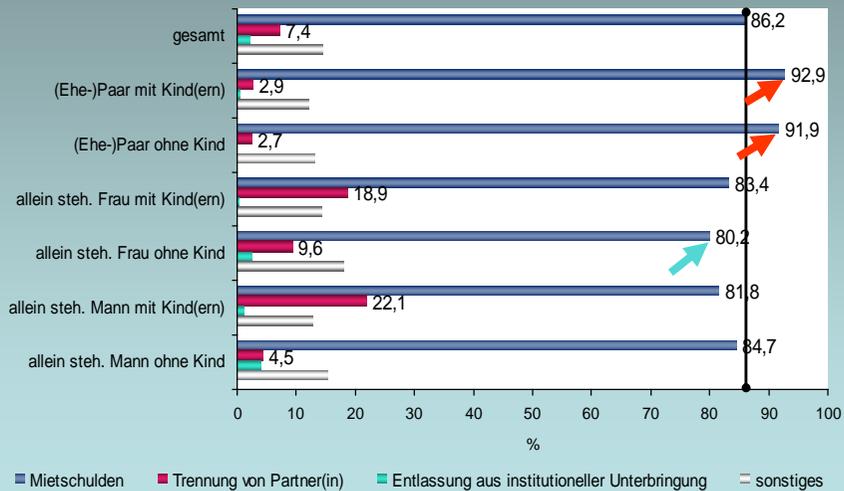
Anlässe drohender Wohnungslosigkeit

N = 3.559 Haushalte / Mehrfachnennungen möglich



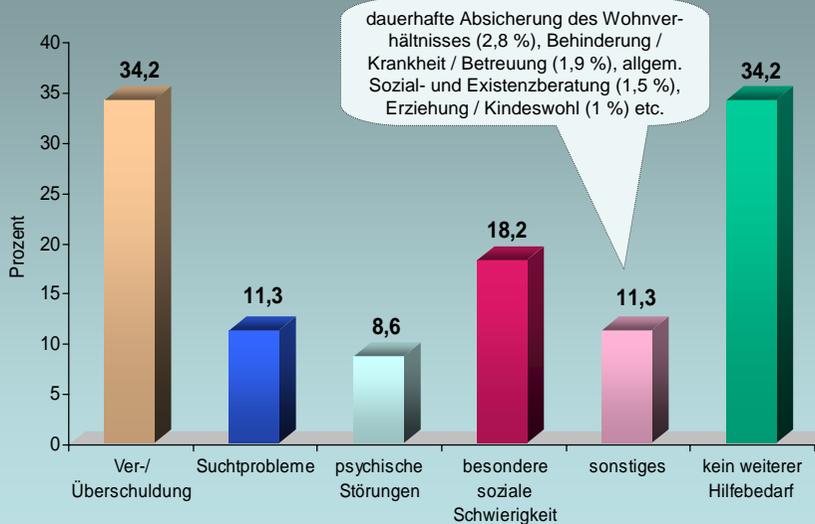
© GISS Bremen 2004 / Erhebung bei 43 Städten im Zeitraum von 6 Wochen 2003/2004

Anlässe drohender Wohnungslosigkeit differenziert nach Haushaltszusammensetzung Mehrfachnennungen möglich / N = 3.454 Haushalte



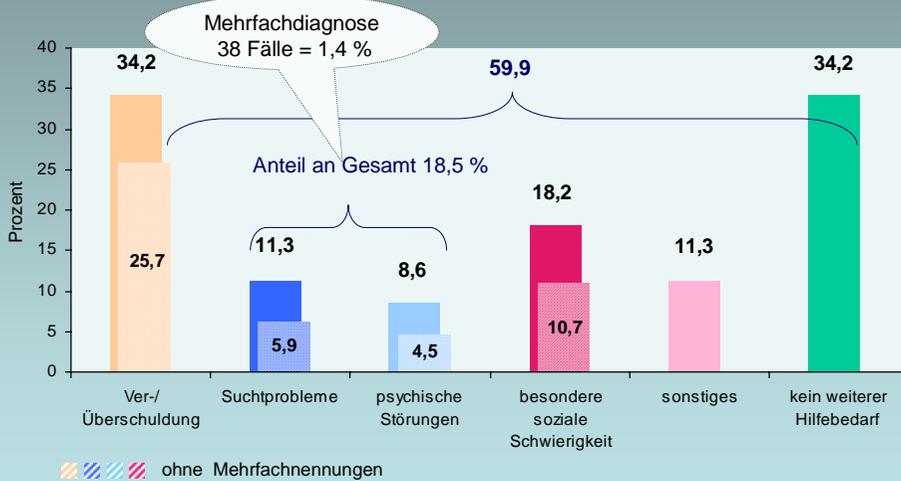
© GISS Bremen 2004 / Erhebung bei 43 Städten im Zeitraum von 6 Wochen 2003/2004

Bedarf an über die Wohnraumsicherung hinausgehenden Hilfen Mehrfachnennungen möglich / N = 2.625 Haushalte



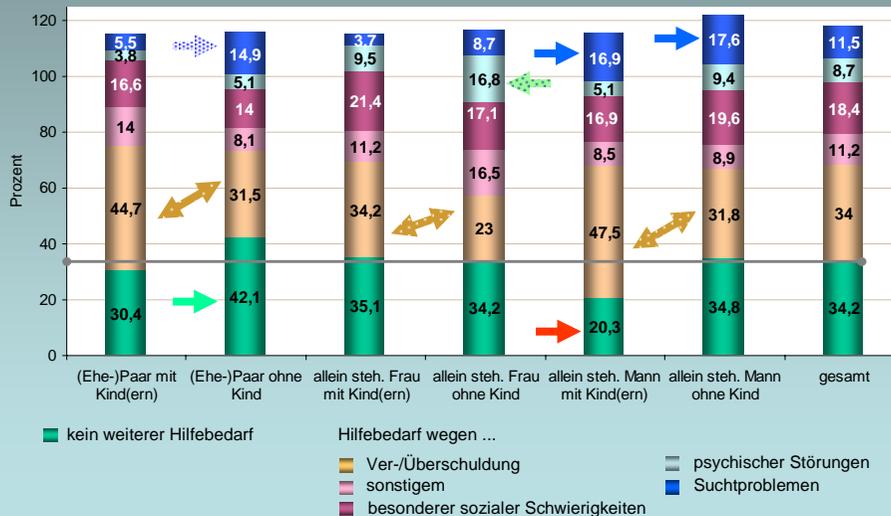
© GISS Bremen 2004 / Erhebung bei 43 Städten im Zeitraum von 6 Wochen 2003/2004

Bedarf an über die Wohnraumsicherung hinausgehenden Hilfen inklusive und exklusive Mehrfachnennungen / N = 2.625 Haushalte

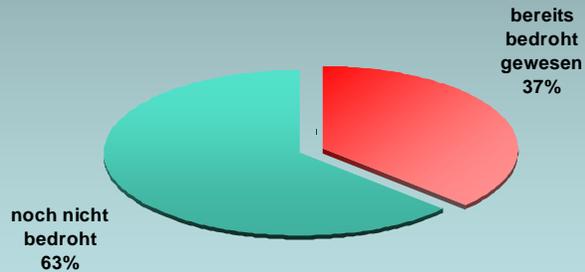


© GISS Bremen 2004 / Erhebung bei 43 Städten im Zeitraum von 6 Wochen 2003/2004

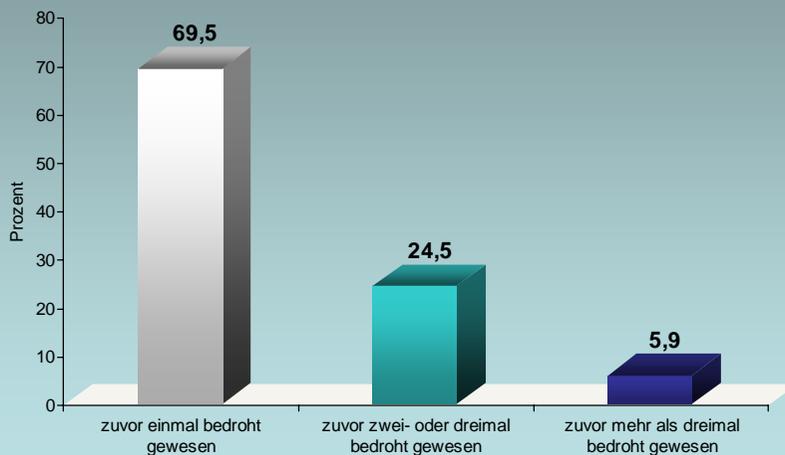
Bedarf an über die Wohnraumsicherung hinausgehenden Hilfen differenziert nach Haushaltszusammensetzung, Mehrfachnennung möglich N = 2.573 Haushalte



Wiederholungsfälle: Von Wohnungslosigkeit bedrohte Haushalte, die in den fünf Jahren vor der aktuellen Krise bereits ein- oder mehrmals von Wohnungslosigkeit bedroht waren ohne unbekannt (N = 3.166 Haushalte)

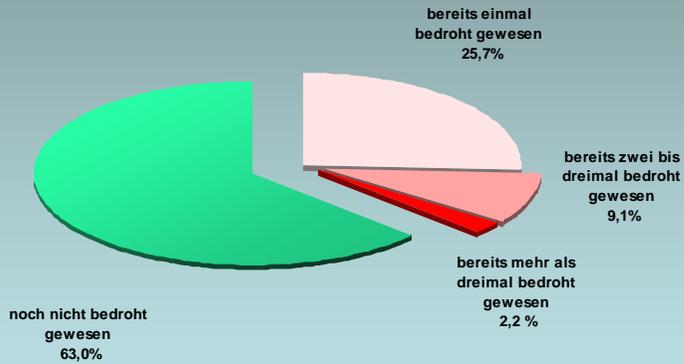


Wiederholungsfälle: Häufigkeit der wiederholt drohenden Wohnungslosigkeit in den letzten fünf Jahren N = 1.110 Haushalte



Häufigkeit der wiederholt drohenden Wohnungslosigkeit in den letzten fünf Jahren

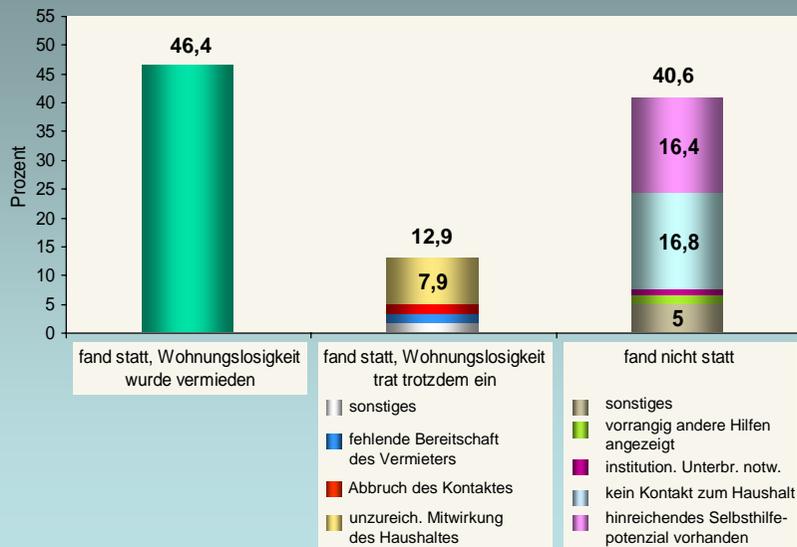
ohne unbekannt, N = 3.166 Haushalte



© GISS Bremen 2004 / Erhebung bei 43 Städten im Zeitraum von 6 Wochen 2003/2004

Wiederholungsfälle: Intervention örtlicher Präventionsstellen bei zuletzt drohender Wohnungslosigkeit

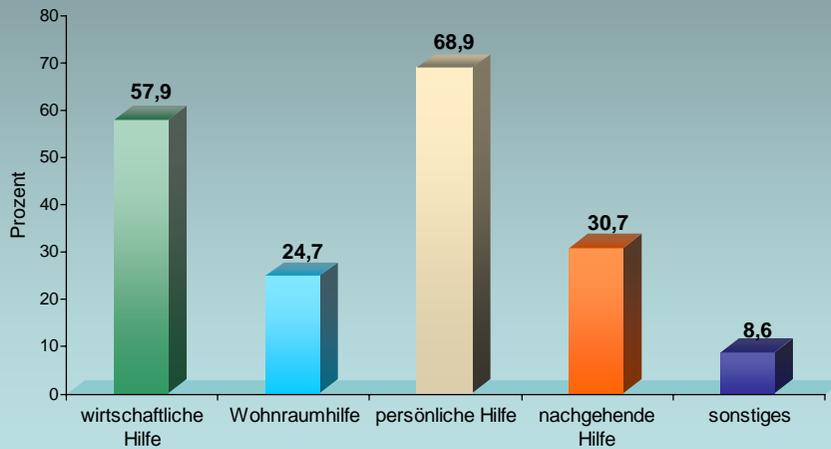
N = 1.036 Haushalte



© GISS Bremen 2004 / Erhebung bei 43 Städten im Zeitraum von 6 Wochen 2003/2004

Wiederholungsfälle: Art der Hilfestellung bei drohender Wohnungslosigkeit (vorausgegangene Krise)

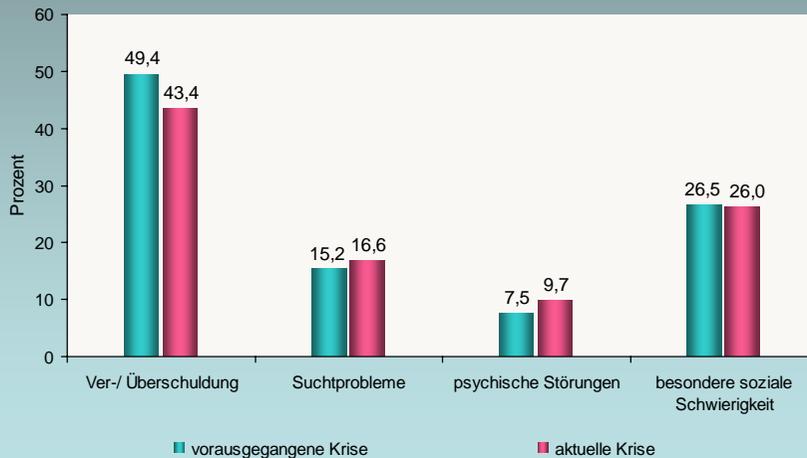
N = 570 Haushalte / Mehrfachnennungen möglich



© GISS Bremen 2004 / Erhebung bei 43 Städten im Zeitraum von 6 Wochen 2003/2004

Wiederholungsfälle: Vergleich des Bedarfs an über die Wohnraumsicherung hinausgehenden Hilfen in der vorausgegangenen und der aktuellen Krise

N = 362 Haushalte / Mehrfachnennungen möglich



© GISS Bremen 2004 / Erhebung bei 43 Städten im Zeitraum von 6 Wochen 2003/2004

Zusammenfassung

- Wohnungslosigkeit droht insbesondere aufgrund von Mietzahlungsproblemen der überwiegend von Transfer-einkommen lebenden Haushalte. Hinter diesen Zahlungsschwierigkeiten verbergen sich neben materieller Armut häufig auch weitere Probleme und Hilfebedarfe.
- So haben zwar etwa 30 % der Haushalte nur einen sich auf die akute Krise beziehenden Unterstützungsbedarf und weitere rd. 30 % benötigen darüber hinausgehende Hilfen beim Umgang mit ihrer Ver-/Überschuldung. Aber bei immerhin rd. 40 % der von Wohnungslosigkeit bedrohten Haushalte geht der Hilfebedarf über die finanziellen Angelegenheiten hinaus (psychosoziale Hilfen, Hilfen bei Sucht und psychischen Erkrankungen etc.).

- In der Regel sind die betroffenen Haushalte also auf institutionelle Hilfe bei der Abwehr von Wohnungslosigkeit angewiesen. Die Interviews mit den betroffenen Haushalten zeigen, dass weniger die individuellen Entstehungshintergründe der drohenden Wohnungslosigkeit, als umso mehr die Reaktionsweise der institutionalisierten Hilfen über den Eintritt oder die Vermeidung von Wohnungslosigkeit entscheiden.
- Daher ist zur Steigerung der Nachhaltigkeit präventiver Hilfen und zur Verringerung der Wiederholungsproblematik ein weiterer Ausbau entsprechender Hilfestrukturen erforderlich, der zugleich auf die Verbesserung der kurzfristigen Krisenbewältigung (Angemessenheit der Mitwirkungspflicht, bessere Kontaktaufnahme und adäquatere Einschätzung der Selbsthilfepotenziale) und auf die langfristige Absicherung der Wohnverhältnisse (etwa durch nachgehende Hilfen) abzielt.

Einflüsse von „Hartz IV“ (SGB II und SGB XII) auf die Hilfen in Wohnungsnotfällen

Hartz IV: Das Mietschuldenrisiko für großen Teil der Langzeitarbeitslosen steigt.

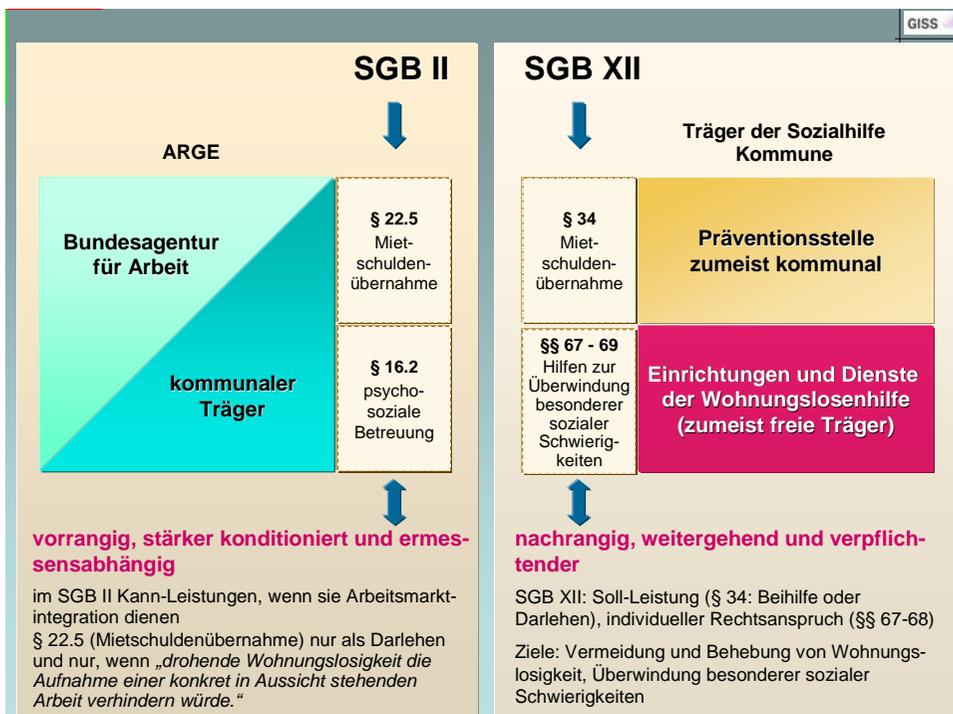
Die deutliche Zunahme der Nachfrage nach „angemessenen“ Wohnungen und ein erhöhter Segregationsdruck sind absehbar.

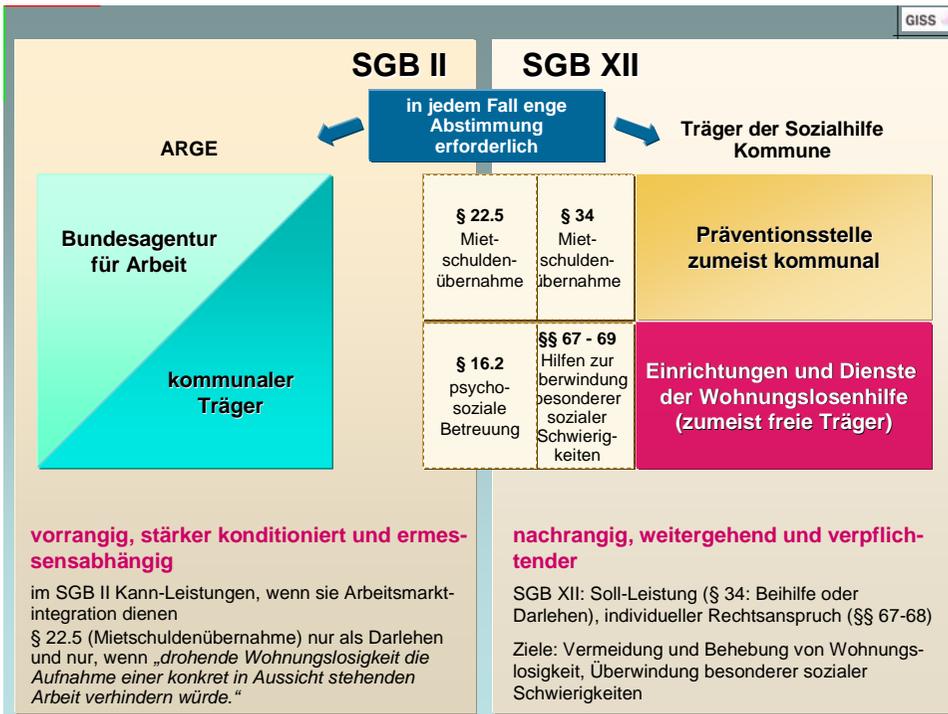
Ob auch die Wohnungslosigkeit zunimmt, hängt (neben der Entwicklung an Wohn- und Arbeitsmärkten) nicht zuletzt von der Organisation präventiver und reintegrativer Hilfen ab.

- 👉 Einkommensminderung bei Mehrzahl der bislang Berechtigten auf Arbeitslosenhilfe durch die Absenkung auf Sozialhilfeniveau bzw. durch Wegfall von Leistungsansprüchen wegen verschärften Bedürftigkeitsvorbehalts (Frauen sind hier besonders betroffen).
- 👉 Verschärfte Sanktionen im SGB II (bei verschärften Zumutbarkeitskriterien) bedrohen auch die Wohnsicherheit. Im Wiederholungsfall können sie ausdrücklich auch die Übernahme der Unterkunftskosten betreffen.
- 👉 Druck auf Wohnungsmarktsegment mit „angemessenen“ Wohnungen nimmt zu, verstärkter Trend zur Segregation, verminderte Integrationschancen für bereits Wohnungslose.
- 👉 Wohnkosten von Haushalten in diversen Mindestsicherungssystemen nehmen in den Budgets der Kommunen einen stark erhöhten Stellenwert ein (trotz der Bundesbeteiligung an Wohnkosten von SGB-II-Leistungsberechtigten von zunächst 29,1 % ; Gründe: Wegfall Wohngeldanspruch, Zunahme der Berechtigten auf Übernahme angemessener Unterkunftskosten, vorrangiges Einkommen mindert bei SGB-II-Berechtigten zuerst BA-Anteil).
- 👉 Nach Entlastung von Teilen der Sozialhilfekosten werden künftig die Wohnkosten im Mittelpunkt der lokalen Auseinandersetzungen und auch kommunaler Konsolidierungsbemühungen stehen.

- 👉 Entwicklung vor dem Hintergrund schwindender Einflussmöglichkeiten auf Wohnungsangebot und -belegung (Auslauf Belegungsbindungen, Verkauf kommunalen Wohnungseigentums), erhöhter Barrieren bei der Wohnungsvergabe (Regelanfragen bei Schufa) und kommunaler Pilotprojekte zur Senkung der Unterkunftskosten bei Haushalten im Sozialhilfebezug.
- 👉 Wer „zu teuer“ wohnt, wird längerfristig „überschüssige“ Mietkosten selbst übernehmen oder umziehen müssen. Daran ändern auch (derzeit vielerorts geltende) Übergangsregelungen nichts. Befragte Fachleute erwarten keine Umzugswellen, sehen aber auch keinen Anlass zur Entwarnung.
- 👉 Fallstudien offenbaren hohe Varianz bei den kommunalen Mietobergrenzen. Gleiche Mietobergrenze bei zwei Städten, von denen eine der Mietenstufe 2 und die andere der Mietenstufe 4 des Wohngeldgesetzes zugeordnet ist.
- 👉 Erfahrungen in den Kommunen mit drohenden Wohnungsverlusten aufgrund von Sanktionen. Beispiel: pauschale Ablehnung von jungen Menschen im verpflichtenden Jump-Plus-Programm durch kommunales Wohnungsunternehmen wegen hoher Abbruchquote und daraus resultierender Mietschulden.

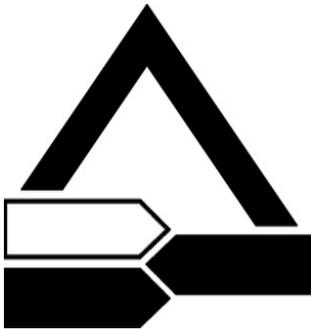
- Ausbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse und prekärer Selbstständigkeit (Niedriglohnssektor, „Ich-AGs“) verschärft Mietschuldenrisiko für die betroffenen Haushalte und stellt Präventionsarbeit vor neue Herausforderungen.
- Positiver Aspekt: Direktüberweisung von Mietzahlungen an Vermieter.
- Hartz IV: Hilfen aus einer Hand? Neue Schnittstellen bei den Hilfen in Wohnungsnotfällen und neue organisatorische Anforderungen an effektive Hilfe.





Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

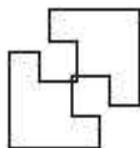


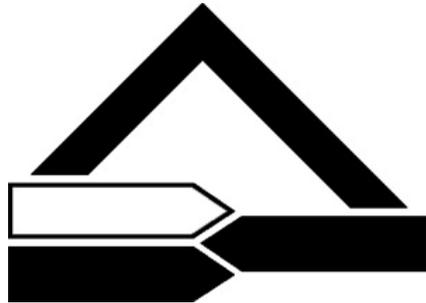


Forschungsverbund
**Wohnungslosigkeit und
Hilfen in Wohnungsnotfällen**

Iris Behr, IWU, Darmstadt:

Handlungsempfehlungen für die Praxis der Hilfen in
Wohnungsnotfällen und ihre Rahmenbedingungen.





Forschungsverbund
**Wohnungslosigkeit und
Hilfen in Wohnungsnotfällen**

Gesamtbericht

III Empfehlungen



Rahmenbedingungen verbessern

1. Sicherung der Mietzahlungsfähigkeit durch:
 - Minderung der Mietbelastung von NiedrigeinkommensbezieherInnen

Rahmenbedingungen verbessern



Gesetzliche Grundlage:

- Anhebung der Höchstbeträge für Mieten und Belastungen (§ 8 WoGG)
- Kreis der Wohngeldberechtigten unter den NE-BezieherInnen erweitern



Rahmenbedingungen – Mietzahlungsfähigkeit sichern durch

- Angemessene Mieten für SGB II/XII
LeistungsbezieherInnen
 - Kommunale Mietobergrenzen bedarfsgerecht u. ausreichend flexibel gestalten
 - Überschreitung in Ausnahmefällen zulassen
 - Mitsprache der kommunalen Präventionsstelle



Rahmenbedingungen – Mietzahlungsfähigkeit sichern durch

Gesetzliche Grundlage:

Bundes-(einheitliche) Mindestbeträge für
Mietobergrenzen mit kommunalen Span-
nen (10 – 20 %) über Höchstbeträgen des
Wohngeldes (Verordnung zu § 26 SGB II)

Kommunales Wohngeld



Rahmenbedingungen – Mietzahlungsfähigkeit sichern durch

- Ausgleich wohnungswirtschaftlicher Risiken bei Vermietung an Wohnungslose und andere Wohnungsnotfälle
 - Maklergebühren und Kautionen
 - Bürgschaften bei Mietausfällen
 - Renovierungs- und Prozesskosten
 - Gewährleistungsverträge zwischen Gemeinde und Wohnungsunternehmen



Rahmenbedingungen – Mietzahlungsfähigkeit sichern durch

- Einsatz der Hartz-Reformen zur Existenzsicherung:
 - Beschäftigung und Qualifizierung schwervermittelbarer Personen
 - Enge Begleitung bei Gewährung persönlicher Hilfen gegebenenfalls Förderung der Integration durch persönliche Hilfen



Rahmenbedingungen – Mietzahlungsfähigkeit sichern durch

- Fallführung, verbindliche Hilfeplanung, klare Finanzierungszuständigkeit
- Keine Leistungseinschränkungen für erwerbsfähige Langzeitarbeitslose mit Hilfeansprüchen nach §§ 67ff SGB XII durch Verweis auf „kann“-Leistung nach §16 II SGB II. Bedarfsgerechte Verknüpfung beider Hilfenormen
- Keine Leistungskürzungen bei Wohn- und Wohnnebenkosten

Rahmenbedingungen verbessern



2. Vermeidung von Wohnungsverlusten durch

- Problembewusstsein schärfen durch Öffentlichkeitsarbeit, Aus- und Weiterbildung von Sozialfachkräften, Wohnungswirtschaft und Verwaltung – vor allem Personal der Arbeitsgemeinschaften zum SGB II Vollzug



Rahmenbedingungen – Wohnungsverluste vermeiden durch

- Frühzeitige Kooperation zwischen Kommune und Wohnungswirtschaft
- Eigene Sozialarbeit des Wohnungsunternehmens

Gesetzliche Grundlage:

Materiell rechtliche Grundlage im Mietrecht, für Informationsweitergabe, Klausel im Mietvertrag unter Berücksichtigung des Datenschutzes



Rahmenbedingungen – Wohnungsverluste vermeiden durch

- **Optimierung sozialpräventiver Hilfen**
 - Ausbau spezieller Organisationseinheiten und wohnortnahe dezentrale Leistungserbringung
 - Informationsfluss von Wohnungswirtschaft, Justiz, ARGE zur Kommunalen Präventionsstelle
 - Ausbau aufsuchender und begleitender persönlicher Hilfen – Einsatz freier Träger für wohnbegleitende Hilfen
 - Ausbau (nicht Abbau) Schuldnerberatung



Rahmenbedingungen - Wohnungsverluste vermeiden durch

- Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Anforderungen: Sprechzeiten – Beratung von Frauen durch Frauen – Vernetzung mit Frauenberatungsstellen respektive Männerberatungsstellen



Rahmenbedingungen - Wohnungsverluste vermeiden durch

- Mietschuldenübernahme und
„Vollstreckungsaufschub“

Gesetzliche Grundlagen:

- SGB II: Informationspflicht der ARGE an die kommunalen Präventionsstellen bei drohender Wohnungslosigkeit



Rahmenbedingungen -

Wohnungsverluste vermeiden durch

- § 22 Abs. 5 SGB II streichen
- Anspruch auf Leistungen nach § 34 SGB XII für Haushalte im Bezug von SGB II-Leistungen und auch für Haushalte, ohne Regelleistungen nach SGB II oder SGB XII
- § 31 III SGB II: Überprüfung der Sanktionsvorschriften, keine Kürzung von Leistungen für die Unterkunft
- Anpassung der Zwangsvollstreckung (§ 721 ZPO) an die verlängerten Heilungsfristen bei Kündigung wegen Zahlungsverzug (§ 569 Abs. 3 Ziff. 2 BGB)



Hilfen zur Erlangung einer Wohnung

- Ausreichende Zahl von Bestandswohnungen
 - Moderate Modernisierung
 - Kommunale/regionale Wohnraumversorgungskonzepte zur Sicherung preiswerter Wohnungsbestände
 - Zurückhaltung bei der Privatisierung kommunaler Wohnungsunternehmen



Hilfen zur Erlangung einer Wohnung

- Kooperation Kommune, freie Träger und Wohnungsunternehmen:
 - Vertragliche Absicherung von Zielen und Aufgaben, Maßnahmen, Arbeitsteilung, Kontrolle der Aufgabenerfüllung (strategisches Management)
 - Begleitgruppe zur Koordination mit entscheidungsbefugter „Führungspersönlichkeit“
 - Übernahme der Mehrkosten des Wohnungsunternehmens durch die Kommune

Hilfen zur Erlangung einer Wohnung



- Wohnungsvermittlung und –versorgung durch freie Träger
 - „Soziale Wohnraumhilfen“ als integraler Bestandteil trägerübergreifender Gesamthilfesysteme
 - weitestmögliche Reduktion von Sonderwohnformen
 - Höchstmaß an Normalität in der durch den Träger vermittelten Wohnung
 - Rechtliche und organisatorische Trennung der persönlichen Hilfe von Vermietung und Wohnungsverwaltung



Soziale Unterstützung zur Sicherung der Wohnung durch

- Ausbau „persönliche Hilfen in Normalwohnungen“
 - Schließung von Versorgungslücken insbesondere auch in kleinen Städten und Landkreisen
 - Mindestanforderungen an geschlechtergerechte Hilfen für Männer und Frauen

Soziale Unterstützung zur Sicherung der Wohnung durch



- Qualität der „persönlichen Hilfen in Normalwohnungen“
 - Geschlechtergerechte Angebote/Wahlmöglichkeiten
 - Kontinuierliche Hilfe bei der Alltagsbewältigung für Wohnungslose mit gravierenden Beeinträchtigungen
 - Betreuung der Angehörigen
 - mehr Hilfekapazitäten für wohnungslose Frauen

Soziale Unterstützung zur Sicherung der Wohnung durch



- Berücksichtigung männlicher Reserven, Hilfen anzunehmen
- Eltern-Kind-Beziehung berücksichtigen
- Fachpersonal als Standard
- Ehrenamtliche bei der Alltagsbewältigung
- Individuelle Hilfepläne (modellhaft) entwickeln
- Hilfeplankonferenzen zur Koordination diverser Hilfen

Gesetzliche Grundlage: einheitliche Zuständigkeit auf Landesebene für Hilfen nach §§ 67, 68 SGB XII schaffen (§ 97 II SGB XII)



Soziale Unterstützung zur Sicherung der Wohnung durch

- Punktuelle/wiederkehrende Betreuung unterhalb der Schwelle des Sozialrechts

- „Geldverwaltung“
- Minderung von Isolation
- Integration in Beschäftigung
- Adressaten: Haushalte mit Risikofaktoren bei Wohnungsversorgung und –sicherung

Gesetzliche Grundlage zur Finanzierung längerfristiger wohnbegleitender Hilfen über Eingliederungshilfen (SGB XII) und Betreuungsgesetz hinaus schaffen



Hilfen in trägerübergreifendes Gesamthilfesystem führen durch

- Zusammenarbeit der Träger – vor allem:
Präventionseinheiten + lokale ARGES –
verbessern + verbindlich machen –
- Case Management: regelt Zuständigkeiten +
Zusammenarbeit von Wohnungslosen-,
Eingliederungs-, Suchtkranken-,
Sozialpsychiatrische und Jugendhilfe
- Erprobung: Zusammenarbeit freie Träger und
Wohnungswirtschaft



Hilfen in trägerübergreifendes Gesamthilfesystem führen durch

- Nutzung von Maßnahmen der „sozialen Stadt“
- Potentiale bürgerschaftlichen Engagements nutzen



Hilfen in trägerübergreifendes Gesamthilfesystem führen durch

- Gesamtkonzept für Hilfen in Wohnungsnotfällen schließt ein:
 - Obdachlosen- u. Wohnungslosenhilfe
-> Wohnungsnotfallhilfe
 - Traditionelle Trennlinie aufgeben (Obdachlos – Wohnungslos; Alleinstehend – Familie; Einperson- Mehrpersonenhaushalt)
 - Geschlechtsspezifische Deutungsmuster + verfügbare Ressourcen der Betroffenen bei Hilfestaltung berücksichtigen
 - Sozialplanung + Wohnungsversorgungskonzepte



Hilfen in trägerübergreifendes Gesamthilfesystem führen durch

- Verbesserung der Datengrundlagen:
 - bundesweite Wohnungslosenstatistik – bis dahin
 - Statistik auf Landesebene und
 - qualifizierte kommunale Datenerfassung mit (freiwilligem) interkommunalen benchmarking

Gesetzliche Grundlage: Einführung Bundeswohnungslosenstatistik